

Lagebild Verfassungsschutz



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort Innenminister Klaus Bouillon	4
---	----------

I. Der Verfassungsschutz im Saarland	6
---	----------

1. Gesetzliche Grundlagen	6
2. Aufgaben	6
2.1 Beobachtungsaufgaben	6
2.2 Mitwirkungsaufgaben	7
3. Arbeitsweise	7
4. Kontrolle	8
5. Aufbauorganisation des LfV Saarland	9

II. Rechtsextremismus	10
------------------------------------	-----------

1. Allgemeines	10
1.1 Ideologie	10
1.2 Entwicklung/Tendenzen	10
1.3 Personenpotenzial	13
1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit rechtsextremistischem Hintergrund	14
2. Einzelaspekte	16
2.1 NPD	16
2.1.1 Organisationsstruktur der Saar-NPD	16
2.1.2 Beteiligung der Saar-NPD an der Europawahl	17
2.1.3 Beteiligung der Saar-NPD an der Kommunalwahl	17
2.1.4 Sonstige nennenswerte regional-politische Aktivitäten der NPD	19
2.1.5 Beteiligung der Saar-NPD an überregionalen Aktivitäten	20
2.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten – insbes. Skinhead-/Kameradschafts-Szene	22
2.2.1 Skinhead-Subkultur/“Hammerskins”(HS)	22
2.2.2 Kameradschaften	22
2.2.3 Rechtsextremistische Musik	23
2.3 Nutzung neuer Medien - Saarländische Rechtsextremisten online	24

III. Linksextremismus	25
------------------------------------	-----------

1. Allgemeines	25
1.1 Ideologie	25
1.2 Entwicklung/Tendenzen	25
1.3 Personenpotenzial	26
1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)	37
2. Einzelaspekte	28
2.1 Organisierter Linksextremismus	28
2.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	28
2.1.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	29

2.2 Gewaltorientierter Linksextremismus	30
2.2.1 Autonome	30
2.2.2 Antiimperialistische Szene Saar	37

IV. Ausländerextremismus (ohne Islamismus/islamistischer Terrorismus)..... 39

1. Allgemeines	39
1.1 Ideologie.....	39
1.2 Entwicklung /Tendenzen.....	39
1.3 Personenpotenzial	40
1.4 „Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK)	41
2. Einzelaspekte	42
2.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).....	42
2.1.1 Allgemeine Lage, Entwicklung.....	42
2.1.2 Struktur	45
2.1.3 Exekutivmaßnahmen	46
2.1.4 Veranstaltungen/Aktivitäten der saarländischen Anhängerschaft.....	46
2.2 „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)	49

V. Islamismus/islamistischer Terrorismus 51

1. Allgemeines	51
1.1 Ideologie.....	51
1.2 Entwicklung/Tendenzen.....	51
1.3 Personenpotenzial	52
2. Einzelaspekte.....	53
2.1 Islamistischer Terrorismus	53
2.2 Islamismus im Saarland	54

VI. Spionage-/ Sabotageabwehr, Wirtschaftsschutz 56

VII. Organisierte Kriminalität 60

Anhang..... 61



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch im Jahr 2014 wurde uns vor Augen geführt, dass es eine Vielzahl von Bestrebungen in unserem Land gibt, die sich gegen die Werte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung stemmen. Jener Werte, die aus den Erfahrungen unserer Vergangenheit geboren wurden und zu wichtigen Säulen unserer Demokratie geworden sind, die es zu verteidigen gilt. Der Verfassungsschutz ist dabei eine wesentliche Institution zum Schutz dieser Werte und unverzichtbares Instrument unserer wehrhaften Demokratie.

Gefahren für unsere Demokratie und die Sicherheit unseres Landes werden uns täglich durch die mediale Berichterstattung bewusst gemacht. Dabei zeigen die Taten von islamistischen Terrorgruppen wie der „Boko Haram“ oder des „Islamischen Staates“ in erschreckender Weise die Entschlossenheit dieser Terroristen, zum Erreichen ihrer Ziele alle Mittel im Kampf gegen die westlichen Werte einzusetzen. Eine Reihe von Anschlägen in der Vergangenheit, nicht zuletzt Anfang 2015 in Paris, macht uns dies immer wieder bewusst. Allerdings sind es oftmals nicht an Organisationen gebundene, sondern vielmehr fanatisierte Einzeltäter, die in hasserfüllter Weise bereit sind, unschuldige Menschen zu töten.

Daher gilt es auch weiterhin, verfassungsfeindlichen oder gar terroristischen Bestrebungen mit einem selbstbewussten und gut aufgestellten Verfassungsschutz wirksam entgegenzutreten. Im Rahmen der Aufarbeitung der Mordtaten des Nationalsozialistischen Untergrunds wurden Defizite im Austausch von Informationen zwischen den Nachrichtendiensten, Polizei und Justiz festgestellt. Deshalb haben sich die Innenminister auf eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes verständigt, deren Ergebnisse zum Teil bereits umgesetzt bzw. noch in den zuständigen Gremien beraten werden.

So kam man im Saarland mit der Veröffentlichung des „Lagebildes Verfassungsschutz“ der Forderung nach einem ‚Mehr‘ an Transparenz nach. Darüber hinaus haben wir mit Blick auf die zunehmende Nutzung des Internets

sowohl zur Verbreitung extremistischer Propaganda, als auch zur Rekrutierung von Personen und Werbung von Sympathisanten und Unterstützern in unserem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) mit dem Aufbau eines Referates „Nachrichtendienstliche Internetauswertung“ begonnen und damit eine weitere Forderung im Prozess der Neuausrichtung umgesetzt. Das Internet hat sich mittlerweile zu dem wichtigsten Kommunikationsmedium weltweit und zu einer „virtuellen Parallelwelt“ entwickelt, die im Schutz einer vermeintlichen Anonymität Radikalisierungsprozesse in Gang setzen bzw. beschleunigen kann. Daher muss sich auch der Verfassungsschutz diesen veränderten Lebenswirklichkeiten stellen und seine Aufklärungstätigkeit auf das Internet ausweiten.

Der Beobachtungsschwerpunkt des LfV Saarland lag auch im Jahr 2014 in den Bereichen des gewaltbereiten Rechtsextremismus und des Ausländerextremismus. Darüber hinaus war die Beobachtung im Bereich des Islamismus insbesondere auf den Salafismus ausgerichtet, der in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen auch im Saarland eine nicht zu unterschätzende Anziehungskraft insbesondere auf junge Menschen hat. Hier zeigte sich im Berichtsjahr eine deutliche Belebung der personellen und organisatorischen Strukturen, deren Entwicklung auch weiterhin im Blick unseres Verfassungsschutzes stehen wird.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, auch in diesem Jahr möchten wir Ihnen die Arbeitsergebnisse unseres Verfassungsschutzes durch die Präsentation dieses Lagebildes nahebringen. Nutzen Sie die Möglichkeit, sich zu informieren und mit uns in den Dialog einzutreten – das Landesamt für Verfassungsschutz wird auch zukünftig für die Gewährleistung der Sicherheit zum Wohle aller Saarländerinnen und Saarländer eintreten.

Abschließend möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Saarländischen Landesamtes für Verfassungsschutz für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz für den Schutz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung ganz herzlich bedanken.

Saarbrücken, im Juni 2015

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Klaus Bouillon', written in a cursive style.

Klaus Bouillon

I. Der Verfassungsschutz im Saarland

1. Gesetzliche Grundlagen

Die wichtigste gesetzliche Handlungsgrundlage für das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist das Saarländische Verfassungsschutzgesetz (SVerfSchG). Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger unterliegen den rechtsstaatlichen Grundsätzen des Gesetzesvorbehalts sowie der Verhältnismäßigkeit und sind gerichtlich nachprüfbar.

2. Aufgaben

2.1 Beobachtungsaufgaben

Die zentralen Aufgaben des LfV sind im § 3 Absatz 1 SVerfSchG zusammengefasst. Hiernach beobachtet das LfV

- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs. 1 GG) gerichtet sind.

Die Beobachtung durch das LfV erfolgt durch gezielte planmäßige Sammlung und Auswertung von Informationen. Die Auswertungsergebnisse werden dem Ministerium für Inneres und Sport regelmäßig und umfassend übermittelt, um die Landesregierung in die Lage zu versetzen, Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von Absatz 1 zutreffend beurteilen zu können und

entsprechende Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Darüber hinaus dient die Übermittlung auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1.

2.2 Mitwirkungsaufgaben

Neben den beschriebenen Beobachtungsaufgaben hat der Verfassungsschutz noch sogenannte Mitwirkungsaufgaben. So wirkt das LfV auf Ersuchen der zuständigen öffentlichen Stellen nach § 4 SVerfSchG ferner mit bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen sowie bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen, die im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftig sind. Die Befugnisse des LfV im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen sind im „Saarländischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ geregelt. Zu den weiteren Aufgaben des LfV zählt u. a. die Beantwortung von Anfragen der zuständigen Stellen im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach § 7 Luftsicherheitsgesetz und nach § 12 b Atomgesetz, im Rahmen des Visumverfahrens und bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen nach § 73 Aufenthaltsgesetz sowie im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens.

3. Arbeitsweise

Die Informationsgewinnung des LfV erfolgt sowohl in offener wie auch in verdeckter Form. Bei der offenen Beschaffung von Informationen werden aus offen zugänglichen Quellen, die in der Regel auch jedem Bürger zur Verfügung stehen (Printmedien wie z. B. Zeitungen, Zeitschriften, Plakate, Flugblätter etc. sowie elektronische Medien wie z.B. Internet, Rundfunk, Fernsehen etc.) Informationen erhoben. Darüber hinaus darf das LfV auch Informationen mit nachrichtendienstlichen Mittel verdeckt erheben. Hierzu zählen die in § 8 SVerfSchG aufgeführten Mittel wie z. B. das Führen verdeckt eingesetzter Personen, die planmäßige Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Der Verfassungsschutz trägt als wichtige Säule der deutschen Sicherheitsarchitektur mit dazu bei, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten. Deshalb arbeitet das LfV im Verfassungsschutzverbund mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz sowie den übrigen Landesbehörden für Verfassungsschutz eng und vertrauensvoll zusammen. Das LfV hat keine polizeilichen Befugnisse und ist auch gegenüber polizeilichen Einrichtungen nicht weisungsbefugt. Es darf auch nicht die Polizei im Rahmen der Amtshilfe ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, zu denen es selbst nicht befugt ist.

Dies schließt jedoch einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht aus. Das oben beschriebene Trennungsgebot beinhaltet kein Zusammenarbeitsverbot. Gerade vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit festgestellten Defizite im Austausch von Informationen zwischen Nachrichtendiensten, Polizei und Justiz wurden verschiedene Zusammenarbeitsforen eingerichtet, die sich bis heute bewährt haben. Hierzu zählt insbesondere das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin, das der Aufklärung und Abwehr des islamistisch motivierten Terrorismus dient. Das GTAZ hat maßgeblich zu einem verbesserten Informationsfluss zwischen den beteiligten Behörden beigetragen. Um dies auch auf andere Phänomenbereiche zu übertragen, wurde das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) gegründet, das seinen Standort mittlerweile in Köln hat. Schwerpunkt der dortigen Zusammenarbeit ist die Bekämpfung des Rechts-, Links und des sonstigen Ausländerextremismus, der nicht islamistisch motiviert ist, sowie die Spionageabwehr. Auch im Saarland wird im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten ein enger Austausch zwischen den Sicherheitsbehörden praktiziert. So arbeitet das LfV im Wege des Informationsaustausches eng und vertrauensvoll mit dem Landespolizeipräsidium zusammen.

4. Kontrolle

Der Verfassungsschutz ist an klare gesetzliche Vorgaben gebunden. Sein Verwaltungshandeln ist wie bei allen anderen Behörden gerichtlich nachprüfbar.

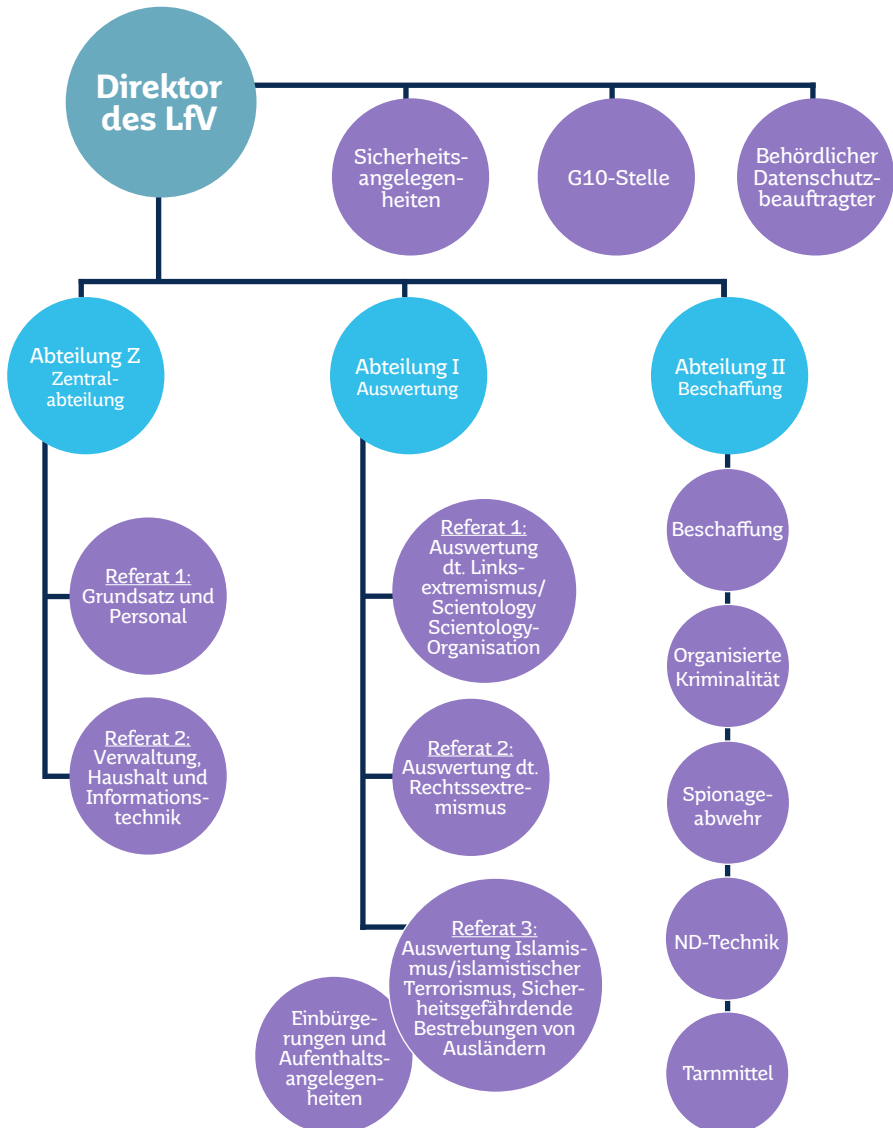
Über die innerbehördlichen Kontrollmechanismen (z. B. behördlicher Datenschutzbeauftragter, Geheimschutzbeauftragter) und die Dienst- und Fachaufsicht durch das saarländische Ministerium für Inneres und Sport hinaus wird die Tätigkeit des LfV fortlaufend überwacht durch

- den Landtagsausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes, gleichzeitig auch Kontrollgremium des Landtages nach G 10,
- die G10-Kommission des Landtages, bei Anordnungen zur Telekommunikationsüberwachung,
- richterliche Kontrolle bei Maßnahmen im Schutzbereich des Art. 13 GG,
- die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- den Rechnungshof des Saarlandes.

Das LfV ist darüber hinaus auf Antrag verpflichtet, anfragenden Bürgerinnen und Bürgern Auskunft zu den zu ihrer Person gespeicherten Daten zu geben (§ 21 SVerfSchG). Eine Auskunft unterbleibt nur dann, wenn ein in Absatz 2 dieser Vorschrift ausdrücklich genannter Verweigerungsgrund vorliegt. In einem solchen Ausnahmefall werden die Anfragenden darauf hingewiesen,

dass sie die Richtigkeit der Speicherungen durch die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit überprüfen lassen können. Selbstverständlich unterliegen Maßnahmen des LfV, hinsichtlich derer Betroffene geltend machen, in ihren Rechten verletzt zu sein, auch der gerichtlichen Kontrolle.

5. Aufbauorganisation des LfV Saarland



II. Rechtsextremismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Der Rechtsextremismus zeigt sich in Deutschland sowohl hinsichtlich seiner ideologischen Verortung wie auch mit Blick auf sein Erscheinungsbild als äußerst vielschichtiges Phänomen. So treten verschiedene Varianten nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologieelemente mit unterschiedlichen sich daraus ergebenden Zielsetzungen auf. Prägend ist dabei die im Widerspruch zum Grundgesetz stehende Auffassung, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert des Menschen. Eine weitere Klammer ist in der Regel das autoritäre Staatsverständnis, nach dem der Staat und das nach Vorstellung der Rechtsextremisten ethnisch homogene Volk in einer Einheit verschmelzen. Tatsächlich läuft diese Ideologie der „Volksgemeinschaft“ auf ein antipluralistisches System hinaus, das die Rechte des Einzelnen beschneidet und wesentlichen Kontrollelementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie dem Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen auszuüben, oder dem Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition keinen Raum lässt. Zu den unverzichtbaren Ideologieelementen für die Mehrheit deutscher Rechtsextremisten gehören der Antisemitismus und der Geschichtsrevisionismus. Als „moderne“ Form der Fremdenfeindlichkeit hat für Rechtsextremisten in den letzten Jahren das Aktions- und Agitationsfeld „Islamfeindlichkeit“ an Bedeutung gewonnen. Bezüglich des Erscheinungsbildes des rechtsextremistischen Spektrums in Deutschland sind insbesondere subkulturell geprägte Rechtsextremisten, Neonazis und legalistisch agierende rechtsextremistische Parteien wie zum Beispiel die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zu nennen, wobei auf Grund von Überschneidungen bei diesen Teilspektren eine trennscharfe Zuordnung nicht immer möglich ist. Überdies erschöpft sich das Auftreten des Rechtsextremismus nicht in dieser Aufzählung, artikuliert sich doch das Gedankengut darüber hinaus zum Beispiel auch im Schrifttum rechtsextremistischer Autoren und Verlage, im Angebot der rechtsextremistischen Musikszene und der Artikelvertriebe sowie nicht zuletzt in rechtsextremistischen Straftaten.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Im Saarland zeigt sich der Rechtsextremismus ebenfalls sehr heterogen. Das Gesamtbild der Erscheinungsformen reichte auch 2014 wieder vom strukturierten Bereich mit der NPD und mehreren kleineren Personenzusammenschlüssen über den Skinhead- und Kameradschaftssektor bis hin zu Einzelaktivisten und Personen, die aus rechtsextremistischer Motivation Straftaten begingen. Eine Zustandsbeschreibung für das abgelaufene Jahr

ließe sich mit Stichworten wie „rückläufige Mitgliederzahlen“, „überschaubare außenwirksame Aktivitäten“, „mangelnder phänomeninterner Kooperationswille“, „nicht erreichte Wahlziele“, insbesondere aber auch „steigende Straftatenzahlen“ abkürzen.

Wie im Bund war auch im Saarland die NPD dominierend im strukturierten Bereich rechtsextremistischer Zusammenschlüsse. Diese Vorrangstellung war aber mehr der relativen Bedeutungslosigkeit der übrigen im Saarland existenten Vereinigungen (z. B. „Der Stahlhelm e. V. – Landesverband Saar“ (Stahlhelm)) geschuldet, als der eigenen Leistungsstärke. Überdies waren Bestrebungen der lagerinternen Konkurrenzparteien („Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“) zum Aufbau regionaler Strukturen im Saarland auch weiterhin nicht erkennbar.

Die internen und „hausgemachten“ Problemstellungen der Saar-NPD waren auch im Berichtsjahr existent. So gelang es der Partei nicht, durch die Etablierung einer funktionierenden Jugend- und Frauenarbeit sowie durch die Gründung weiterer Ortsverbände in der Fläche eigene strukturelle Defizite zu minimieren. Auch mit der „Harmonie in der Führungsebene“ war es anscheinend schlecht bestellt, lässt es sich doch anders kaum erklären, dass der alte Landesvorsitzende Frank F. und sein Nachfolger Peter M. Anfang November auf dem Bundesparteitag bei der Wahl des Parteivorsitzenden gegeneinander antraten. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass M. nicht nur bei diesem Anlass eine innerparteiliche Niederlage einstecken musste. Schon beim NPD-Sonderparteitag am 18. Januar im thüringischen Kirchheim war er als amtierender Generalsekretär bei der Wahl um Platz drei auf der Kandidatenliste für die Europawahl unterlegen gewesen. Hatte er dabei wahrscheinlich die Quittung für sein Versagen bei der Vorbereitung der ursprünglich im Saarland geplanten Veranstaltung erhalten, nachdem ein von ihm für die Festhalle in Saarbrücken-Schafbrücke geschlossener Mietvertrag wegen falscher Angaben zum Anmietungszweck „geplatzt“ war, geriet er in der Folge auch wegen seiner via Facebook öffentlich diskutierten Teilnahme an einer Party mit einer ehemaligen Pornodarstellerin zunehmend unter Druck. Anfang April trat M. schließlich als Generalsekretär zurück. Diese Gesamtumstände dürften mit dazu beigetragen haben, dass die saarländischen Nationaldemokraten 2014 bei der Anwendung ihres „Vier-Säulen-Konzeptes“ kaum Erfolge zu verzeichnen hatten bzw. sich nur bedingt engagiert zeigten.

So konnte man im Rahmen des „Kampfes um die Parlamente“ zwar darauf verweisen, bei der Europawahl mit einem Landesergebnis von 1,3 % besser als im Bundesschnitt (1 %) und besser als bei der Wahl 2009 (0,4 % mit dem Bündnispartner DVU) abgeschnitten zu haben, bei der gleichzeitig stattgefundenen Kommunalwahl blieb es aber trotz eines auf wenige Städte konzentrierten Wahlkampfes bei nur fünf Mandaten, wobei der Fraktionsstatus im Völklinger Stadtrat sogar verloren ging.

Was den „Kampf um die Straße“ angeht, musste die NPD spätestens im Herbst feststellen, dass ebenfalls Ressentiments gegen Ausländer bedienende Bewegungen mit allenfalls rudimentär vorhandenen Strukturen wie die „Hooligans gegen Salafisten“ (HogeSa) und „Patriotische Europäer gegen Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) – beide keine Beobachtungsobjekte der Verfassungsschutzbehörden – im Gegensatz zum „Original“ zum Teil mehrere Tausend Personen mobilisieren konnten. Mit der Facebook-Initiative „Saarländer gegen Salafisten“ (SageSa) und einer Mahnwache am 22. November in Völklingen versuchten bekannte Kader der Saar-NPD, an die Thematik anzudocken, um so die eigene gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen. HogeSa distanzierte sich allerdings deutlich von dem NPD-gesteuerten Plagiat im Saarland. Mitte Dezember präsentierte sich über Facebook dann der PEGIDA-Ableger „Saargida – Saarland gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (kein Beobachtungsobjekt des LfV Saarland). Auch hier versuchte sich die NPD-gesteuerte SageSa einzubringen und beteiligte sich im Januar 2015 an zwei Saargida-Kundgebungen mit ihrem eigenen Transparent. Es gelang den Nationaldemokraten aber nicht, Einfluss auf die Organisation und den Ablauf der Veranstaltungen zu nehmen. Zusätzlich distanzierte sich der Saargida-Initiator öffentlich vom rechtsextremistischen Lager, insbesondere der NPD. Ansonsten gehörten zum „Kampf“ der saarländischen Nationaldemokraten „um die Straße“ vor allem von der Bevölkerung wenig beachtete Infostände und Mahnwachen.

Der „Kampf“ der Saar-NPD „um die Köpfe“ beschränkte sich im vergangenen Jahr nahezu ausschließlich auf den Teilbereich „Schulung der eigenen Mitglieder und Anhänger“, erschöpfte sich letztlich aber in monatlichen Gesprächskreisen. Auch der „Kampf um den organisierten Willen“ als letztes zu erwähnendes Glied des „Vier-Säulen-Konzeptes“ scheint bei der Saar-NPD in der Sackgasse zu stecken. Hatte die Vorstandswahl im vorangegangenen Jahr noch als Signal an die „Freien Kräfte“ zur Zusammenarbeit verstanden werden können, so war davon bis auf wenige gemeinsame Wahlkampfaktivitäten in 2014 nichts mehr zu spüren: Die saarländische Kameradschaftsszene hält bis auf eine Ausnahme offensichtlich Abstand zur NPD.

Auch die restliche rechtsextremistische Szene des Saarlandes, in der vor allem lokale Kameradschaften und „Hammerskins“ (HS) den Ton angeben, hielt sich mit öffentlichkeitswirksamen Auftritten im Saarland zurück. So waren zum Beispiel Skinhead-Konzerte ebenso wenig festzustellen wie demonstrative Aufmärsche zu den rechtsextremistischen Gedenktagen wie dem Hitler-Geburtstag oder dem Heß-Todestag. Bis auf eine Ausnahme blieb es mehr oder weniger bei internen Aktivitäten, so dass über die Grundausrichtung hinaus eine öffentlichkeitswirksame Vermittlung politischer Inhalte oder Zielsetzungen – Wahlkampfzeiten ausgenommen – im Saarland kaum erkennbar war. Bevorzugt beteiligten sich jedoch Aktivisten einer Kameradschaft überregional an öffentlichkeitswirksamen Szeneevents.

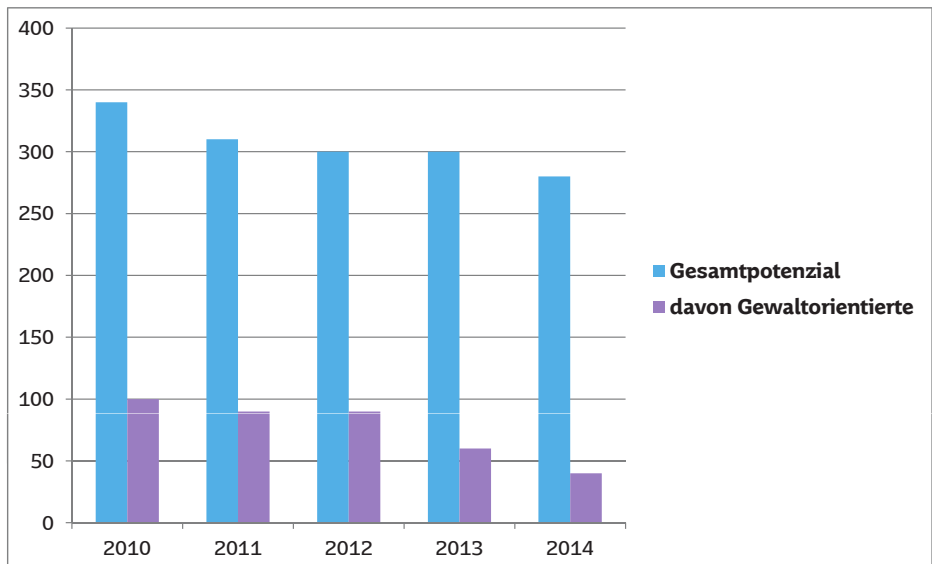
Im Hinblick auf immer wiederkehrende Fragen zu möglichen rechtsextremistischen Einflussnahmeversuchen auf die Fußball- und Rockerszenen ist zu konstatieren, dass die Schnittmenge von erfassten Rechtsextremisten und gewaltbereiten Fußballfans im Saarland auch 2014 nur im niedrigen zweistelligen Bereich zu beziffern war. Dabei war eine strukturelle Zusammenarbeit beider Szenen ebenso wenig festzustellen wie der Versuch einer Politisierung der Fußballfanszene. Analog gilt dies auch für das Verhältnis der rechtsextremistischen Szene zum Rockermilieu.

1.3 Personenpotenzial

Die Zahl der erkannten Rechtsextremisten im Saarland ist mit insgesamt 280 Personen im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr (300) leicht gesunken. Davon werden 40 Personen als gewaltorientiert eingestuft (2013: 60), bei rund 25 Personen ist eine neonazistische Ausrichtung zu erkennen (2013: 25).

Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre:

	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtpotenzial	340	310	300	300	280
davon Gewaltorientierte	100	90	90	60	40



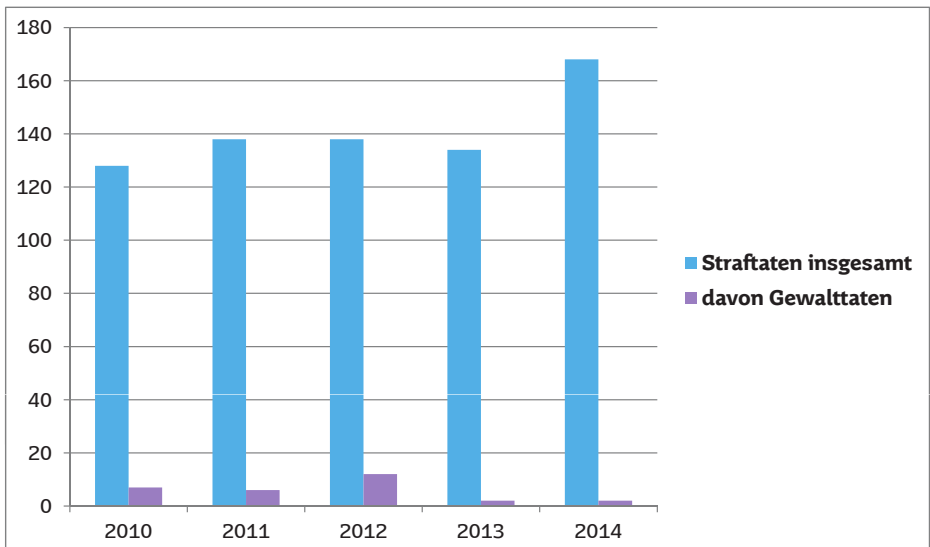
1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit rechtsextremistischem Hintergrund

Die Gesamtzahl der bekannt gewordenen rechtsextremistisch motivierten Straftaten überstieg mit 168 die Marke des Vorjahres (134) um rund 25 %. Propagandadelikte und Volksverhetzungen machten – wie seit Jahren festzustellen – mit rund 90 % (Vorjahr: 96 %) den überwiegenden Anteil dieser Straftaten aus.

Die Zahl der darin enthaltenen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten lag wie im vorangegangenen Jahr bei zwei. Hierbei handelte es sich um situativ bedingte Körperverletzungsdelikte mit fremdenfeindlicher Ausrichtung.

Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Saarland innerhalb der letzten fünf Jahre:

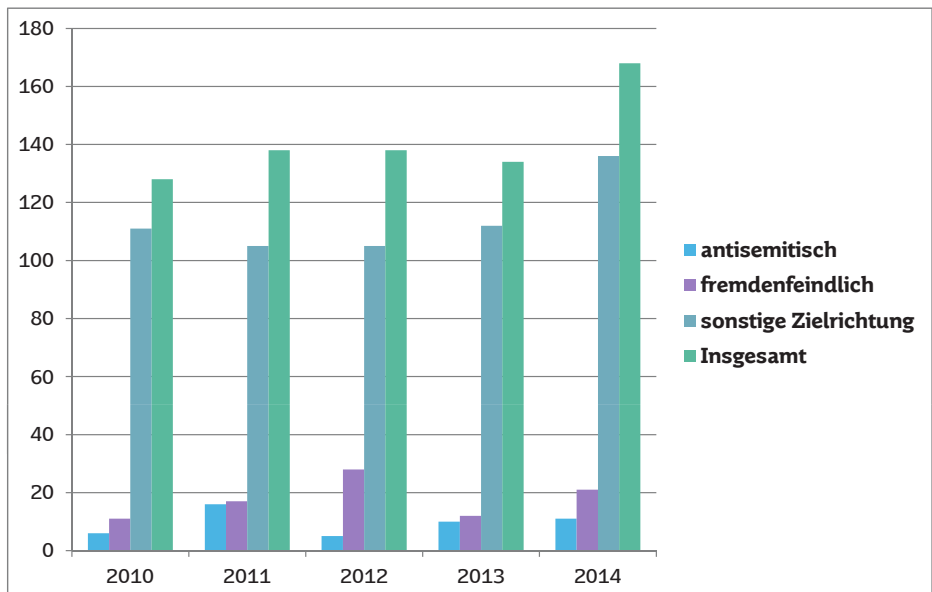
	2010	2011	2012	2013	2014
Straftaten insgesamt	128	138	138	134	168
davon Gewalttaten	7	6	12	2	2



Die Verteilung nach Zielrichtung der Straftaten ergibt folgendes Bild:

Straftaten nach Zielrichtungen:

Zielrichtung	2010	2011	2012	2013	2014
antisemitisch	6	16	5	10	11
fremdenfeindlich	11	17	28	12	21
sonstige Zielrichtung	111	105	105	112	136
Insgesamt	128	138	138	134	168



Über diese Deliktsstatistik hinaus ist zu ergänzen:

- Die umfangreichen Aufklärungsarbeiten von Gerichten, Parlamenten und Sicherheitsbehörden zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) und seinen Aktivitäten haben bisher keine Hinweise auf eine Einbindung hier ansässiger Rechtsextremisten erbracht.
- Das Schöffengericht in Neunkirchen verurteilte am 13. März einen 24-Jährigen aus Bexbach u. a. wegen Volksverhetzung zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr und zwei Monaten, verbunden mit einer Auflage zur Ableistung von 100 gemeinnützigen Arbeitsstunden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er im

April 2013 mehrfach Filme und Fotos mit nationalsozialistischem Inhalt ins Internet gestellt habe. Darüber hinaus habe er öffentlich zur Befreiung eines inhaftierten Rechtsextremisten aufgerufen und auf eine im Internet abrufbare Anleitung zum Bau einer Bombe hingewiesen. Der zuvor nicht einschlägig bekannte Verurteilte war nicht in die rechtsextremistische Szene eingebunden und unterhielt auch keine erkennbaren Kontakte zu hier ansässigen Rechtsextremisten.

- Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken leitete im Mai gegen die Mitglieder der hiesigen Band „Wolfsfront“ ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein. Der Band wird vorgeworfen, mindestens in dem verbreiteten Musikstück mit der Bezeichnung „Holocaustus“ die Ermordung von Juden in Auschwitz zu leugnen.
- Die 2013 im sogenannten „Winterbach-Prozess“ wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilten drei saarländischen Kameradschaftsaktivisten traten Ende Juli bzw. Anfang August ihre Haftstrafen an.

2. Einzelaspekte

2.1 NPD

2.1.1 Organisationsstruktur der Saar-NPD

Nachdem der NPD-Kreisverband Saarbrücken-Land rund zwei Jahre nach seiner Gründung wieder rückabgewickelt wurde, gliedert sich die Saar-NPD, der noch rund 90 Mitglieder zugerechnet werden (2013: 100), organisatorisch in die drei Kreisverbände Saarbrücken, Saar-West und Saarpfalz. Eine kontinuierliche politische Basisarbeit der bislang sporadisch erwähnten Ortsverbände Burbach, Schafbrücke und Völklingen war nicht erkennbar. Auch weiterhin kann die Saar-NPD nicht auf Strukturen ihrer Teilorganisationen „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) zurückgreifen, obwohl gerade die im März neu gewählte RNF-Bundesvorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz Ricarda R. gute Kontakte ins Saarland pflegt. Ebenso gelang es auch nicht, eine regionalspezifische, der internen Kommunikation und Identifikation dienende Info-/Verbands-Schrift aufzulegen.

Darüber hinaus war auch eine koordinierte kommunalpolitische Vorfeldarbeit nicht erkennbar. Selbst die wenigen NPD-Vertreter in den Kommunalparlamenten (je ein Mandat in der Regionalversammlung Saarbrücken, den Stadträten Saarbrücken und Völklingen sowie im Ortsrat Völklingen und dem Bezirksrat Saarbrücken-West) waren trotz sporadisch – zumeist im Internet

– aufflackernder Äußerungen in ihrer Außendarstellung selbst für politisch Interessierte kaum wahrnehmbar.

Die mit der Vorstandsneuwahl im Dezember 2013 eingeleitete Annäherung an die Kameradschaftsszene, bekanntlich übernahmen ehemalige Kameradschaftsaktivisten Vorstandsposten und sollten auf diese Weise als institutionelles Bindeglied zwischen der Partei und den sogenannten „freien Kräften“ wirken, blieb bis auf einige wenige wahlkampfunterstützende Aktivitäten folgenlos.

2.1.2 Beteiligung der Saar-NPD an der Europawahl

Im Saarland entfielen bei der Europawahl 2014 auf die NPD 5.594 Stimmen = 1,3 % (2009: als seinerzeitiger NPD-Bündnispartner hatte die DVU 1.675 Stimmen = 0,4 % erzielt). Damit lag sie prozentual über dem Ergebnis im Bund mit 300.815 Stimmen = 1,0 % (111.631 = 0,4 %). Im Vergleich zum Saarlandergebnis bei der Bundestagswahl im September 2013 (9.691 Zweitstimmen = 1,7 %) verlor die NPD allerdings mit 4.115 Stimmen rund 0,4 Prozentpunkte.

2.1.3 Beteiligung der Saar-NPD an der Kommunalwahl

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai trat die NPD nur in drei der 52 saarländischen Städte und Gemeinden mit Listen an. In Saarbrücken bewarb sie sich um Mandate im Stadtrat sowie in den Bezirksräten von Saarbrücken-West, Saarbrücken-Halberg und Saarbrücken-Mitte. In Saarlouis ging es um den Einzug in den Stadtrat, während in Völklingen die Kandidaturen auf den Stadtrat und die Ortsräte Völklingen und Völklingen-Lauterbach abzielten. Zudem kandidierten Nationaldemokraten für die Regionalversammlung Saarbrücken und den Kreistag Saarlouis. Die Partei hatte dazu insgesamt 18 Bewerber (darunter drei Frauen) nominiert. Der Altersdurchschnitt lag zum Wahltag bei rd. 48 Jahren (bei den Frauen bei 43 Jahren). Ihren Wahlkampf betrieben die Nationaldemokraten in der Hauptsache via Internet, darüber hinaus führten sie insbesondere Informationsstände, Hauswurfaktionen und Plakatierungen durch.

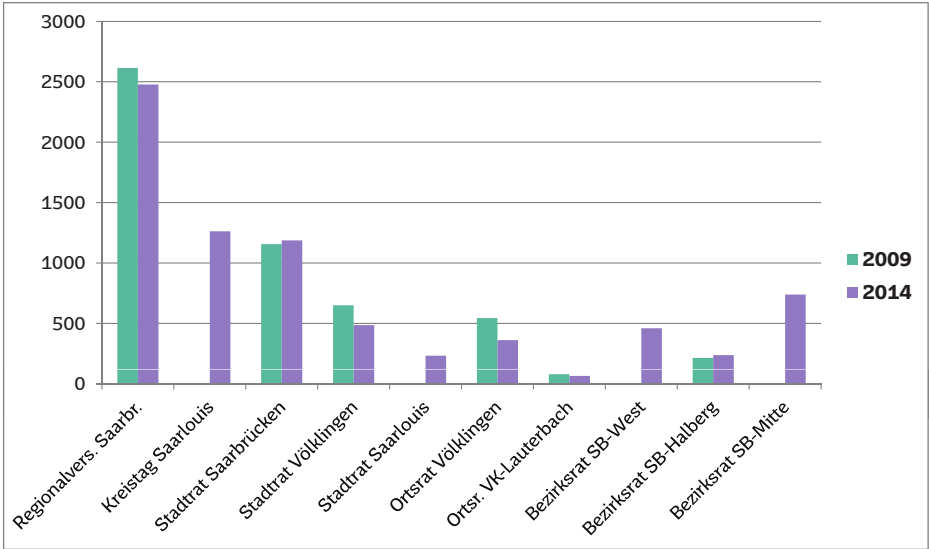
Ergänzend stellten sie im Rahmen eines sogenannten „kommunalpolitischen Forums“ am 16. Mai im „Bürgerhaus“ in Saarbrücken-Burbach ihre kommunalpolitischen Forderungen und Kandidaten vor. An der Veranstaltung nahmen bis zu 50 Personen teil.

Auf Kreisebene gelang es der NPD, ein Mandat in der Regionalversammlung Saarbrücken zu erreichen. Die Partei blieb auch in den Stadträten von Saar-

brücken und Völklingen vertreten; allerdings entfiel der bisherige Fraktionsstatus in Völklingen und die damit verbundenen Vorteile. Auf Ortsrats- bzw. Bezirksratsebene konnte die Partei je ein Mandat in Völklingen und Saarbrücken-West erzielen.

Wahlergebnisse der NPD bei der Kommunalwahl

	2014			2009		
Kommunalparlament	Stimmen	%	Mandate	Stimmen	%	Mandate
Regionalvers. Saarbr.	2478	2,1	1	2615	2,0	0
Kreistag Saarlouis	1262	1,5	0	nicht angetreten		
Stadtrat Saarbrücken	1187	2,0	1	1156	1,9	1
Stadtrat Völklingen	485	4,0	1	650	4,6	2
Stadtrat Saarlouis	232	1,7	0	nicht angetreten		
Ortsrat Völklingen	362	4,0	1	544	5,2	1
Ortsr. VK-Lauterbach	65	6,1	0	79	5,8	0
Bezirksrat SB-West	459	5,3	1	nicht angetreten		
Bezirksrat SB-Halberg	237	2,4	0	214	2,0	0
Bezirksrat SB-Mitte	739	2,1	0	nicht angetreten		



2.1.4 Sonstige nennenswerte regional-politische Aktivitäten der NPD

Auf Einladung des NPD-Kreisverbandes Saarbrücken referierte der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Krefeld Rainer H. am 24. Januar in Saarbrücken-Fechingen zum Thema „Islam – Freund oder Feind?“.

Der seinerzeitige NPD-Bundespressesprecher und Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Saarbrücken-Land F. startete am 26. Januar die Onlinepetition „Das Saarland spricht Deutsch!“ (www.openpetition.de/online/das-saarland-spricht-deutsch) und stellte erklärend fest, die Landesregierung des Saarlandes habe vor, Französisch bis 2043 als Verkehrssprache zu etablieren. Das wolle die NPD nicht, Zweisprachigkeit per Zwang sei abzulehnen. Im Nachgang wurde diese Initiative von den Nationaldemokraten allerdings nicht mehr thematisiert.

Am 6. Februar referierte der mehrfach vorbestrafte Revisionist und ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günter D. (Weinheim) im Rahmen eines „politischen Gesprächskreises“ des NPD-Kreisverbandes Saarpfalz in Homburg-Kirchberg. Sein Thema lautete: „Ausblick 2014 – Was bringt uns die Große Koalition?“.

Am „politischen Aschermittwoch“ der Saar-NPD am 5. März in Püttlingen-Köllerbach beteiligten sich rund 110 Besucher. Hauptredner waren die beiden Spitzenkandidaten der NPD-Liste zur Wahl des Europäischen Parlamentes Udo V. (Berlin) und Dr. Olaf R. (Pirna) sowie der saarländische NPD-Vorsitzende. Thematische Schwerpunkte ihrer Ausführungen betrafen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungswidrigkeit der Drei-Prozent-Hürde bei der Wahl des Europäischen Parlamentes, „Flüchtlingswellen und Masseneinwanderung“ in die „Europäische Union“ (EU) sowie Möglichkeiten und Erfolgsaussichten für die politische Rechte in Europa. Die NPD-Protagonisten sprachen von gestiegenen Erfolgsaussichten bei der Europawahl und betonten, jetzt gelte es, das „einzige heimattreue Original“ zu unterstützen und zu wählen. Die NPD sei keineswegs gegen Europa, sie lehne allerdings jegliche Brüsseler Bestrebungen einer „kulturellen Einebnung“ sowie den „Zentralisierungswahn der EU-Technokraten“ ab. Beim Thema Zuwanderung wurde auf die erfolgreiche Kampagne der „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) hingewiesen und hervorgehoben, es gäbe noch viele weitere Gemeinsamkeiten mit anderen „europäischen Heimatparteien“. Während der gesamten Veranstaltung war ein Kamerateam des ZDF anwesend. Am 13. Mai mischten sich NPD-Funktionäre unter eine „Burbacher Initiative gegen Straßenprostitution“ (kein Beobachtungsobjekt des LfV Saarland), die anlässlich einer Stadtratssitzung in der Saarbrücker Congresshalle unter dem Motto „Nein zur Straßenprostitution in Saarbrücken“ protestierten.

Ende Mai richtete die Saar-NPD auf YouTube einen eigenen Videokanal ein.

Im Rahmen eines sogenannten „Aktionstages“ betrieben die Nationaldemokraten am 27. September Informationsstände in Saarbrücken, Saarlouis und Völklingen. Verbreitet wurde dabei auch ein eigens entworfenes Flugblatt „NPD SAAR informiert“ zu dem Thema „Asylmissbrauch endlich stoppen!“.

Eine Mahnwache unter dem Motto „Genug ist genug – Schluss mit dem Asylbetrug“ am 17. Oktober in der Lebacher Innenstadt verlief störungsfrei und stieß auf wenig Resonanz bei Passanten. In kurzen Redebeiträgen vertraten Saar-NPD-Chef M. und der Beisitzer im NPD-Landesvorstand Markus M. die bekannten themenbezogenen Parteipositionen. Auch eine zweite Mahnwache unter dem erwähnten Motto am 18. Dezember auf dem Saarbrücker Schlossplatz (Höhe des Historischen Museums) wurde von der Bevölkerung wenig beachtet. Dieses Mal forderte M. in einem kurzen Redebeitrag u. a. den Asylantenzustrom zu stoppen und die Kriegseinsätze deutscher Soldaten zu beenden.

Mit der Facebook-Bewegung „Saarländer gegen Salafisten“ (SageSa) versuchten führende saarländische Nationaldemokraten an die Bewegung „Hooligans gegen Salafisten“ (HogeSa) anzudocken, um diese Aktionsform für ihre Zwecke zu nutzen. Mit einer Mahnwache am 22. November auf dem Völklinger Hindenburgplatz unter dem Motto „Europa gegen den Terror des Islamismus“, an der laut Abschlussmeldung der Polizei in der Spitze rund 250 Personen teilnahmen, darunter bekannte Rechtsextremisten und der Fußball-Risikozone zurechenbare Personen, wurde der Übergang von der virtuellen in die Realwelt vollzogen. Die Saar-NPD sah darüber hinaus in dem PEGIDA-Ableger „Saargida“ (kein Beobachtungsobjekt) einen weiteren möglichen Türöffner, um die eigenen Positionen gesellschaftsfähiger in der Bevölkerung verbreiten zu können. Folglich rief sie ihre Anhänger zur Unterstützung von Kundgebungen dieser Bewegung auf, vermied es aber zugleich, ihre Teilnahmen offen erkennbar zu machen.

2.1.5 Beteiligung der Saar-NPD an überregionalen Aktivitäten

Knapp ein Drittel der rund 30 Teilnehmer einer Kundgebungstour des NPD-Kreisverbandes Trier gegen Asylmissbrauch am 1. Februar durch mehrere Trierer Stadtteile sollen - nach Angaben des Veranstalters - saarländische NPD-Mitglieder und Aktivisten der Dillinger Kameradschaft „Sturmdivision Saar“ gewesen sein. Der gegen die neue Außenstelle der rheinland-pfälzischen Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende gerichtete Protest der Rechtsextremisten war zugleich deren Wahlkampfauftakt für die Trierer Stadtratswahl im Mai. Es kam zu vereinzelt Zusammenstößen mit Teilnehmern einer Gegendemonstration, an der sich zeitweise bis zu 180 Personen beteiligten.

Rund 20 Rechtsextremisten protestierten am 25. März in Trier gegen „die Verschwendung deutscher Steuergelder für die Förderung linker Kulturpropaganda“. Anlass der kurzfristig initiierten Aktion des NPD-Kreisverbandes Trier war ein zeitgleich stattfindendes Konzert des „linken Barden“ Hannes W. Nach Angabe des Veranstalters beteiligten sich auch Aktivisten aus Pirmasens, Zweibrücken und Saarlouis an dem Protest.

Das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) widmete in seiner Juni-Ausgabe zwei seiner 24 Seiten einem Interview mit dem früheren saarländischen Landesvorsitzenden und NPD-Bundespressesprecher F. Thematisch ging es dabei um dessen Erfahrungen mit den etablierten Medien und seine Vorstellungen zur Zukunft der NPD. In seinen Antworten beklagte F. u. a., dass eine wohlwollende Berichterstattung der Medien nicht zu erwarten und es deshalb nicht einfach sei, die Botschaften der NPD zu transportieren. So könne beispielsweise ein Kernthema wie „Identität und Volk“ auch nicht in einem Halbsatz erklärt werden. In ihrer Selbstdarstellung könne die Partei deshalb „(...) ruhig als radikal gelten, solange wir ernst genommen werden“. Im Weiteren betonte er, die NPD müsse bei ihrer Positionierung zeitgemäß auftreten. Die Frage nach potenziellen Bündnispartnern sah F. als Frage der praktischen Vernunft an. Bedingung sei ein ernsthaftes Interesse an einer Zusammenarbeit. Dies gelte auch für die Kameradschaftsszene, was regionalspezifisch auszuloten sei. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD – kein Beobachtungsobjekt der Verfassungsschutzbehörden) könne behilflich sein, NPD-Botschaften zur „Europäischen Union“ (EU) oder kritische Thesen zur „unkontrollierten Zuwanderung“ in die Sozialsysteme salonfähig zu machen. Wie jede andere Partei lebe auch die NPD von starken Frontleuten und deren medialer Inszenierung. Den Schlüssel zum Erfolg sah F. in der „richtigen Kommunikationsstrategie“. Die NPD-Konzepte sollten daher klug formuliert und zielorientiert vermarktet werden. Einige Wochen zuvor hatte die NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) unter der Überschrift „F. (...) und die NPD“ ein mehrseitiges Interview mit F. in der Ausgabe 1/2014 ihrer Schrift „Der Aktivist“ veröffentlicht.

Am 4. August war der saarländische NPD-Vorsitzende Gastreferent einer NPD-Veranstaltung in Ludwigshafen, an der rund 20 Personen teilnahmen. Zu Beginn seines knapp einstündigen Vortrages resümierte er die Europawahl aus Sicht der Nationaldemokraten und sprach von „durchaus positiven Aspekten“. In seinen weiteren Ausführungen schlug er einen weiten Bogen von lokalen Diskussionsthemen bis zu den Konflikten im Irak, in Syrien, Gaza und in der Ukraine. In diesem Kontext bezeichnete der NPD-Funktionär die USA als „Kriegstreiber“ und vertrat pro-russische Positionen.

Auch beim NPD-Bundesparteitag am 1./2. November im baden-württembergischen Weinheim standen saarländische Aktivisten im Blickfeld. Dort wurde der bisherige NPD-Bundespressesprecher F. trotz zweier Gegenkandi-

daten bereits im ersten Wahlgang mit deutlicher Mehrheit (62 %) zum neuen NPD-Parteivorsitzenden gewählt. Seine Kontrahenten, Saar-NPD-Chef M. und die ehemalige Vorsitzende der NPD-Frauenorganisation „Ring Nationaler Frauen (RNF) Sigrid SCH. (München), erhielten lediglich 23 bzw. 12 % der Stimmen. Auch bei den Wahlen zu den stellvertretenden Parteivorsitzenden unterlag der saarländische NPD-Chef.

2.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten – insbesondere Skinhead-/Kameradschafts-Szene

2.2.1 Skinhead-Subkultur/„Hammerskins“(HS)

Die politische und die organisatorische Ausrichtung sind bei den subkulturell geprägten Rechtsextremisten seit jeher nachrangig. Im Vordergrund steht die aktionsorientierte Freizeitgestaltung, wie die Teilnahme an Szenepartys und Konzerten. Gewandelt hat sich allerdings im Laufe der Zeit das Erscheinungsbild der Skinheadszene. Martialische Auftritte in der Öffentlichkeit sind mittlerweile die Ausnahme. Insgesamt hat die Skinheadszene an Bedeutung eingebüßt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten zählen aber weiterhin zum Rekrutierungspotenzial rechtsextremistischer Kameradschaften.

Während die Skinheadszene allgemein einen geringen Organisationsgrad aufweist, sind „Hammerskins“ eine straff organisierte Vereinigung, die sich als elitäre Bewegung innerhalb der rechtsextremistischen Szene versteht. Ihre Hauptaktivität liegt im Bereich rechtsextremistischer Musik/Konzerte. Organisatorisch angelehnt an die Struktur von Rockergruppierungen, sind die „Hammerskins“ regional in Chapter untergliedert. Die vollwertige Mitgliedschaft setzt die erfolgreiche Absolvierung einer längeren Probezeit voraus. Der Kreis der Mitgliedsanwärter der weltweit vernetzten HS-Szene nutzt als Erkennungszeichen den Zahlencode 38 stellvertretend für den dritten und achten Buchstaben des Alphabetes C und H (Crossed Hammers).

Die saarländischen HS-Aktivist*innen treten unter der Bezeichnung „Chapter Westwall“ bzw. „Crew38-Westwall“ auf.

2.2.2 Kameradschaften

Von einer Kameradschaft spricht man, wenn die vier Mindestkriterien abgegrenzter Aktivistenstamm, lediglich lokale bis regionale Ausdehnung, zumindest rudimentäre Struktur und Bereitschaft zu einer gemeinsamen politischen Arbeit auf der Basis einer rechtsextremistischen Grundorientierung gegeben sind. Wie im vorangegangenen Jahr war 2014 von den saarländischen

Kameradschaften nur die „Sturmdivision Saar“ öffentlich wahrnehmbar. Ihre Aktivisten beteiligten sich u. a. am 1. März an zeitversetzten Kundgebungen in Pirmasens, Zweibrücken, Homburg und Kaiserslautern unter dem Motto „Fahrt der Erinnerung“, um an die Angriffe auf die genannten Städte durch alliierte Bomber im Zweiten Weltkrieg zu erinnern.

Am 10. Mai führte die Kameradschaft im Völklinger Stadtteil Wehrden einen „Trauermarsch“ zum Gedenken an die Bombardierung des Stadtteils im Mai 1944 durch. In ihren Redebeiträgen negierten der Anmelder Mathias T. und der stellvertretende rheinland-pfälzische NPD-Landesvorsitzende Safet B. die Schuld Deutschlands am Ausbruch beider Weltkriege, verurteilten die Auslandseinsätze der Bundeswehr und kritisierten den hohen Ausländeranteil an der Bevölkerung Völklingens. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte ein direktes Aufeinandertreffen von Demonstranten und Personen, die an Protestaktionen des bürgerlichen sowie des antifaschistischen Lagers teilnahmen. Dabei kam es zu strafbaren Handlungen aus der Gruppe der autonomen Szene.

Bemühungen der Kameradschaftsszene, sich auf Dauer eine Treffortlichkeit zuzulegen, waren auch 2014 nur bedingt erfolgreich. Nachdem man im vorangegangenen Jahr in Folge einer Outing-Aktion des „Antifa“-Spektrums ein als „Clubheim“ genutztes Mietanwesen in Saarbrücken-Rußhütte hatte aufgeben müssen, konnte man in eine Ersatzimmobilie in Sulzbach-Altenwald ausweichen, die Mitte 2014 auch käuflich erworben werden sollte. Die Kommune machte jedoch von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch und kündigte das Mietverhältnis mit den Rechtsextremisten.

2.2.3 Rechtsextremistische Musik

Die rechtsextremistische Musik ist nach wie vor ein wichtiger Identifikations- wie Integrationsfaktor der Szene und baut mit ihren z. T. rassistischen und antisemitischen Texten Feindbilder auf. Rechtsextremistische Musikveranstaltungen dienen dazu, Kontakte herzustellen, aufrechtzuerhalten und zu verfestigen. Hierzu treffen sich vor allem junge Menschen, die rechtsextremistischem Gedankengut zugänglich oder bereits der Szene selbst zuzurechnen sind. Während solcher Veranstaltungen, in deren Rahmen in der Regel reichlich Alkohol angeboten und konsumiert wird, werden oftmals auch einschlägiges Propagandamaterial sowie entsprechende Musikträger verbreitet bzw. verkauft. Insoweit spielen auch kommerzielle Aspekte eine nicht unwesentliche Rolle. Die Vorbereitungen für derartige Musikveranstaltungen laufen in aller Regel äußerst konspirativ.

Wie im Vorjahr war auch 2014 im Saarland kein Skinhead-Konzert zu verzeichnen. Von den drei bekannten Bands „Jungsturm“, „Hunting Season“ und

„Wolfsfront“ trat lediglich die Letztgenannte drei Mal außerhalb des Saarlandes live in Erscheinung. Hierbei handelte es sich um Veranstaltungen am 24. Mai in Concevreux nahe Reims, am 26. Juli im grenznahen französischen Volmunster-Eschwiller und am 18. Oktober im „Rhein-/Ruhrgebiet“.

2.3 Nutzung neuer Medien - Saarländische Rechtsextremisten online

Auch die saarländischen Rechtsextremisten haben ihre Präsenz in allen Bereichen des Internet ausgebaut. Die von ihnen betriebenen Seiten dienen der Selbstdarstellung und werden zur Agitation sowie zur Mobilisierung für Veranstaltungen und Aktionen genutzt. Sie versuchen aber auch über die sozialen Netzwerke auf die politische Willensbildung Einfluss zu nehmen. Dies erfordert eine intensive Beobachtung, um auch zunächst anonyme Urheber von rechtsextremistischen Inhalten identifizieren zu können und gegebenenfalls für strafbare Inhalte zur Verantwortung zu ziehen.

III. Linksextremismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Linksextremisten aller Schattierungen streben die Überwindung der bestehenden und von ihnen als imperialistisch, kapitalistisch oder rassistisch bezeichneten Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an. Je nach ideologisch-politischer Ausrichtung wollen sie die freiheitlich demokratische Grundordnung durch eine kommunistische oder eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft ersetzen. Linksextremistische Parteien haben sich den Sturz des bestehenden politischen Systems und die Errichtung einer Diktatur des Proletariats unter Führung einer „proletarischen Avantgarde“ als Ziel gesetzt. Marxistisch-Leninistische Organisationen wie die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) halten an ihrer Idee einer Revolution der Arbeiterklasse fest. Das utopische Endziel dieser Gruppierungen ist die Schaffung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaftsordnung. Im Kapitalismus sehen sie u.a. die Ursachen für imperialistische Kriege und Faschismus. Eine Art Renaissance erlebt der klassische „Anti-Kapitalismus“ durch die aktuelle weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise sowie eine „entfesselte“ Globalisierung. Autonome Zusammenschlüsse sind nicht wie kommunistische Organisationen von einer einheitlichen Ideologie geprägt, sondern verknüpfen Elemente kommunistischer und anarchistischer Theoretiker miteinander. Wenngleich sie weder ideologisch noch strategisch homogen sind, haben sie sich mit der Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in Richtung einer herrschaftsfreien/libertären Ordnung das gleiche politische Ziel gesetzt. Zur Verbreitung ihrer politischen Vorstellungen beteiligen Linksextremisten sich an aktuellen gesellschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Dazu arbeiten sie auch mit bürgerlich-demokratischen Organisationen und globalisierungskritischen Bewegungen zusammen bzw. sie versuchen, auf diese Weise Bündnispartner für ihre systemüberwindenden Ziele zu gewinnen.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Die Hauptaktivitäten der linksextremistischen Szene im Saarland waren auch im vergangenen Jahr auf den zentralen Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antirassismus“, „Antimilitarismus“ und „Antikapitalismus“ zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, der Eskalationen im Nahost-Konflikt, der Gräueltaten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS), von Bundeswehreinheiten im Ausland und deutscher Waffenlieferungen in Krisengebiete beteiligte sich die linksextremistische Szene spektrumsübergreifend in Saarbrücken an fried-

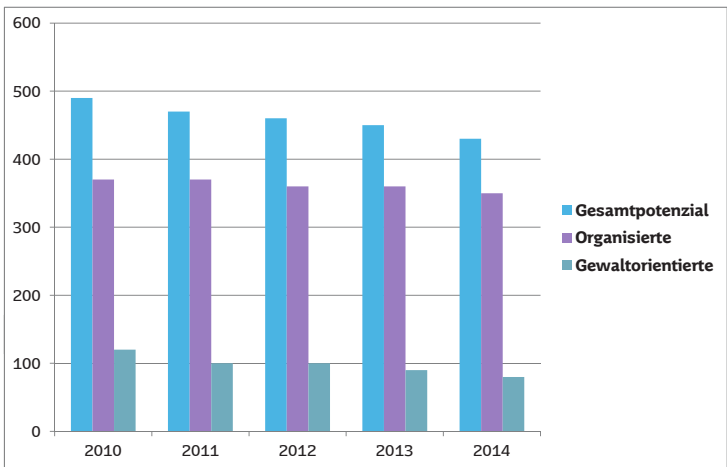
spolitischen Veranstaltungen der „Antikriegsbewegung“ und Solidaritätsaktionen des „Kurdischen Gesellschaftszentrums Saarbrücken e.V.“ (KGZ) für die „kurdischen KämpferInnen gegen den IS-Terror“ insbesondere in der nordsyrischen Stadt Kobanê.

1.3 Personenpotenzial

Im Saarland haben sich Strukturen und Erscheinungsbild des organisierten und gewaltorientierten Linksextremismus im vergangenen Jahr gegenüber 2013 kaum verändert. Das Gesamtpotenzial linksextremistischer Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung bieten, hat sich durch den Fortzug einzelner Angehöriger der autonomen Szene Saar aus dem Saarland und den permanenten altersbedingten Mitgliederschwind insbesondere bei der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) geringfügig von 450 auf etwa 430 Personen verringert. Den Hauptanteil stellt mit etwa 350 Mitgliedern/Anhängern das organisierte linksextremistische Parteienspektrum einschließlich seiner Umfeldorganisationen gegenüber rund 80 Personen der gewaltorientierten autonomen und antiimperialistischen Szene.

Entwicklung des linksextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre:

	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtpotenzial	490	470	460	450	430
Organisierte	370	370	360	360	350
Gewaltorientierte	120	100	100	90	80

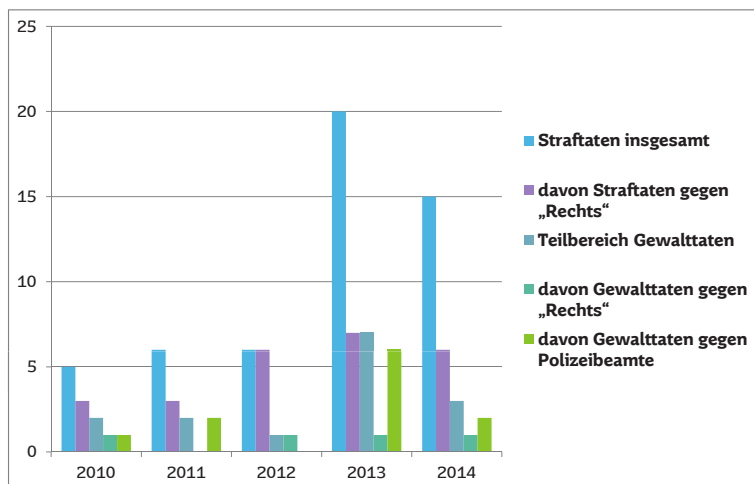


1.4 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Die Gesamtzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten, insbesondere die Anzahl der darin enthaltenen Gewalttaten, hat sich trotz gesteigerter Aktivitäten der autonomen Szene Saar im Rahmen einer „Antifa-Offensive“ gegen rechtsextremistische Strukturen, Funktionäre, Einrichtungen und Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert. Dabei war festzustellen, dass sich die Aggression, die von Szeneangehörigen gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten als legitim angesehen wird, in zwei Fällen auch gegen Polizeibeamte als Vertreter des „staatlichen Repressionsapparates“ richtete. Die Bandbreite der Straftaten reichte von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz bis hin zur gefährlichen Körperverletzung. Insgesamt waren 15 Gesetzesverletzungen (2013: 20) mit linksextremistischem Hintergrund zu registrieren, darunter drei Gewalttaten (2013: sieben).

Entwicklung der linksextremistisch motivierten Straftaten im Saarland in den letzten fünf Jahren:

	2010	2011	2012	2013	2014
Straftaten insgesamt	5	6	6	20	15
davon Straftaten gegen „Rechts“	3	3	6	7	6
Teilbereich Gewalttaten	2	2	1	7	3
davon Gewalttaten gegen „Rechts“	1	./.	1	1	1
davon Gewalttaten gegen Polizeibeamte	1	2	./.	6	2



2. Einzelaspekte

2.1 Organisierter Linksextremismus

Marxistisch-leninistische und sonstige revolutionär-marxistische Zusammenschlüsse verloren im vergangenen Jahr bundesweit weiter an Einfluss und stellen innerhalb des linksextremistischen Spektrums nur noch eine Randerscheinung dar.

Wichtigste Vertreter innerhalb des organisierten Linksextremismus im Saarland waren auch 2014 die orthodox-kommunistische DKP und die streng maoistisch-stalinistisch ausgerichtete MLPD. Betätigungsfelder des vorgenannten linksextremistischen Parteienspektrums einschließlich der von ihnen beeinflussten Organisationen waren im vergangenen Jahr aktuelle gesellschafts- und sozialpolitische Auseinandersetzungen. Anknüpfungspunkte für friedenspolitische Aktionen boten die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine, die Eskalationen im Nahost-Konflikt und die IS-Gräueltaten sowie Bundeswehreinsätze im Ausland und deutsche Waffenlieferungen in Krisenregionen.

Im Fokus linksextremistischer Parteien standen die Europa- und Kommunalwahlen am 25. Mai 2014. Bei der Europawahl beteiligten sich im Saarland aus dem linksextremistischen Parteienspektrum die DKP mit dem Slogan „Ja zum Europa der Solidarität und des Widerstands gegen die EU! NEIN zum Europa der Banken und Konzerne!“ und erstmals die MLPD unter dem Motto „Rebellion gegen die EU ist gerechtfertigt!“ jeweils mit Bundeslisten. Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die DKP insgesamt 298 Stimmen (0,1 %) gegenüber 450 Stimmen (0,1 %) bei der Wahl 2009.

Die MLPD war erstmals nach Aufhebung der bisher geltenden 3-Prozent-Sperrklausel durch das Bundesverfassungsgericht bei der Europawahl bundesweit mit einer Kandidatenliste angetreten. Saarländische Parteimitglieder befanden sich jedoch nicht darauf. Auf die MLPD entfielen 207 Stimmen (0,0 %).

Bei den zeitgleichen Kommunalwahlen im Saarland trat als einzige linksextremistische Partei die DKP an, kandidierte jedoch lediglich für den Stadtrat Püttlingen. Dabei musste sie starke Stimmenverluste hinnehmen. Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die DKP nur noch 281 Stimmen (3,4 %) gegenüber 768 Stimmen (7,1 %) bei den Kommunalwahlen 2009.

2.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die auf Bundes- und Länderebene in der Öffentlichkeit kaum noch wahrnehmbare DKP kämpft aufgrund ihrer Überalterung, eines ungebremsten Mit-

gliederschwundes, großer Finanzprobleme und insbesondere eines bereits seit mehreren Jahren offen ausgetragenen Richtungsstreits zwischen Hardlinern und reformorientierten Kräften über wesentliche programmatische Positionen um ihren Fortbestand. Während der orthodoxe Parteiflügel für eine Neubesinnung auf die unverfälschte Lehre des Marxismus-Leninismus mit der Forderung nach einer Führungsrolle der Partei an der Spitze politischer Bewegungen steht, streben die reformwilligen Parteimitglieder eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Strömungen an.

Die zu dem reformorientierten Lager zählende DKP-Saar ist innerhalb des organisierten Linksextremismus mit ihren noch etwa 150 Mitgliedern die zahlenmäßig größte Organisation. Aktive Stadt- und Ortsgruppen bestehen zumindest noch in Neunkirchen-Wiebelskirchen, Püttlingen, St. Ingbert, Völklingen und Saarbrücken.

Kommunalpolitischer Schwerpunkt der DKP-Saar ist nach wie vor die Stadt Püttlingen, in der sie regelmäßig im Rahmen monatlicher Aktionstage ihre Stadtzeitung „pro + kontra“ kostenlos und in großer Auflage verbreitet. Nach den herben Stimmenverlusten bei der Kommunalwahl, die auf den altersbedingten Rückzug des langjährigen Fraktionsvorsitzenden aus der Politik zurückzuführen sind, verlor sie jedoch zwei ihrer zuvor drei Sitze im Stadtrat.

Die DKP-Saar beteiligte sich am 18. Pressefest des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“, das vom 27. bis 29. Juni in Dortmund unter dem Motto „Gemeinsam kämpfen - gemeinsam feiern!“ stattfand und die wichtigste Veranstaltung neben dem Parteitag darstellt. Dort war sie u.a. mit einer Ausstellung zu ihrer Kampagne „Stoppt die Kaputtsparer“ präsent, mit der politische Alternativen zur „neoliberalen Politik“ der saarländischen Landesregierung aufgezeigt wurden.

Darüber hinaus unterstützte die DKP-Saar im Jahr 2014 Veranstaltungen der Arbeiter- und Frauenbewegung, Aktivitäten von Flüchtlingsinitiativen gegen die europäische Außen- und Sicherheitspolitik, „Antikriegsdemonstrationen“ und „antifaschistische“ Protestaktionen gegen Rechtsextremismus.

2.1.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die MLPD, die innerhalb der linksextremistischen Szene weitgehend isoliert und ähnlich wie die DKP in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar ist, sieht sich nach wie vor als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse“ in Deutschland. Sie hält an ihrem grundlegenden Ziel, dem revolutionären Sturz des „Monopolkapitals“ und Aufbau des Sozialismus als „Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“, fest.

Die MLPD-Saar ist überregional dem Landesverband Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland (RHS) angegliedert. Die Landesgeschäftsstelle befindet sich nach Angaben in der Parteizeitung „Rote Fahne“ und auf der Internetseite der MLPD in Frankfurt am Main.

Im Mittelpunkt der Parteiarbeit standen im Jahr 2014 die Bemühungen, durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Rahmen ihres EU-Wahlkampfes möglichst viele Menschen für die „Alternative des echten Sozialismus“ zu gewinnen. Schwerpunkt ihrer Mitgliederwerbeaktionen und Wahlkampfveranstaltungen bildete wie schon in den Vorjahren der Saarbrücker Stadtteil Malstatt, wo nahezu monatlich entsprechende Informationsstände betrieben wurden. Ein Mitgliederzuwachs war aber nicht festzustellen.

Die MLPD-Saar bemühte sich auch im Jahr 2014 um die Fortführung der Saarbrücker Montagsdemonstrationen gegen „Sozialabbau in Deutschland“, die bereits 2004 vom nichtextremistischen „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ ins Leben gerufen worden waren. Die im monatlichen Rhythmus in der Fußgängerzone Bahnhofstraße durchgeführten Protestveranstaltungen wurden ausnahmslos von MLPD-Aktivisten angemeldet. Einer entsprechenden Pressemeldung zufolge agitierten unbekannte Teilnehmer an der „Montagsdemo“ am „Antikriegstag 1. September“ u.a. gegen die Bundeswehr. Am „offenen Mikro“ wurden eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und die Auslandseinsätze der Bundeswehr angeprangert. Darüber hinaus wurden die Lage in Kurdistan und das in Deutschland bestehende Verbot der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) thematisiert.

2.2 Gewaltorientierter Linksextremismus

2.2.1 Autonome

Autonome bilden bundesweit die weitaus größte Personengruppe innerhalb des gewaltorientierten linksextremistischen Spektrums. Trotz unterschiedlicher ideologischer Orientierungen einigt sie der Widerstand gegen das bestehende „kapitalistische System“. Autonome Gruppierungen lehnen das staatliche Gewaltmonopol ab. Stattdessen fordern sie „herrschaftsfreie Räume“, in denen staatliche Organe keine Macht ausüben. Derartige „Freiräume“ wie beispielsweise besetzte Häuser oder selbstverwaltete Jugendzentren versteht die Szene als Rückzugsgebiet und Ausgangspunkt ihrer „antistaatlichen“ Aktivitäten, die sich an aktuellen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen orientieren. Die Anwendung von Gewalt ist für Autonome in der politischen Auseinandersetzung bzw. in ihrem Kampf gegen ein „System von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ unverzichtbar und wird von ihnen zur Durchsetzung ihrer Ziele als legitim angesehen. Gewalt ist Ausdruck ihrer Unversöhnlichkeit mit den Verhältnissen und soll den Forderungen der Szene

Nachdruck verleihen sowie mediale Aufmerksamkeit erzeugen. Eine typische Form autonomer Gewalt ist die „Massenmilitanz“, d. h. Straßenkrawalle, die situativ im Zusammenhang mit Demonstrationen und Großveranstaltungen initiiert werden. Trotz grundsätzlicher Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit autonomer Gruppierungen sind bundesweit Bemühungen um eine Bündelung und Vernetzung linker Kräfte, anlassbezogene Kooperationen mit anderen Teilen des linksextremistischen Spektrums und auch nichtextremistischen Organisationen festzustellen. Mit der Öffnung gegenüber anderen ideologischen Strömungen soll die eigene Handlungsfähigkeit erhöht werden.

Im Saarland war innerhalb der etwa 70 Personen umfassenden gewaltorientierten autonomen Szene im vergangenen Jahr lediglich noch die Saarbrücker Gruppe „Antifa Saar/Projekt AK“ (AK = Analyse und Kritik) aktiv. Sie versteht sich als linker, politischer, unabhängiger Zusammenschluss, der außerparlamentarisch aktiv ist und sich den Kampf gegen Faschismus, Sexismus und Rassismus sowie für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zum Ziel gesetzt hat.

Sie nutzte im vergangenen Jahr insbesondere das Internet zur offenen Mobilisierung für ihre zahlreichen „politischen Aktivitäten“. Ihre interne Kommunikation erfolgte ausschließlich in geschlossenen Foren unter Verwendung von gängigen Verschlüsselungsprogrammen. Darüber hinaus wurde vor allem auch das Internetportal „linksunten.indymedia“ genutzt, das als erstes regionales „independent media center“ (imc) seit 2009 von „MedienaktivistInnen aus dem Südwesten Deutschlands“ betrieben wird.

Die „Antifa Saar/Projekt AK“ sowie einzelne Szeneangehörige aus den Räumen Neunkirchen und St. Ingbert entwickelten im vergangenen Jahr zahlreiche Aktivitäten auf den zentralen autonomen Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antisemitismus“, „Antirassismus“, „Antimilitarismus“ und „Erhalt bzw. Schaffung autonomer Freiräume“. Ferner unterstützten die Szeneangehörigen vor dem Hintergrund der Eskalationen im Nahostkonflikt und der Gräueltaten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ entsprechende Solidaritätsveranstaltungen in Saarbrücken.

Der Arbeitsschwerpunkt der „Antifa Saar/Projekt AK“ lag erneut auf dem Aktionsfeld „Antifaschismus“. Ihren „antifaschistischen Kampf“ definiert die „Antifa Saar/Projekt AK“ als Eintreten für eine Überwindung des „kapitalistischen Gesellschaftssystems und der staatlichen Ordnung als Wurzeln des Faschismus“. Im Rahmen der so genannten Antifa-Recherchearbeit sammeln sie Informationen über „Neonazis“, deren Treffpunkte und andere logistische Einrichtungen, um sie öffentlich via Internet oder in Szenepublikationen bloßzustellen. Gleichzeitig sollen „Outing-Aktionen“ vor einer rechtsextremistischen Betätigung abschrecken. Ferner geht es darum, die politische Arbeit von Rechtsextremisten zumindest zu erschweren. Von Jahresbeginn an setzte

die „Antifa Saar/Projekt AK“ konsequent ihre generelle Ankündigung um, der NPD künftig und insbesondere im EU- und Kommunalwahlkampf jede Gelegenheit zu nehmen, den öffentlichen Raum für die Verbreitung ihrer menschenfeindlichen Ideologie zu nutzen. Auf dem Aktionsfeld „Antifaschismus“ waren folgende nennenswerte regionale und überregionale Aktivitäten der „Antifa Saar/Projekt AK“, die sich insbesondere gegen Veranstaltungen, Einrichtungen und Mitglieder der NPD-Saar und der „neonazistischen“ Kameradschaftsszene richteten, zu verzeichnen:

- 18.01.:** „Antifa-Demo“ in Saarbrücken anlässlich des ursprünglich im Stadtteil Schafbrücke geplanten NPD-Parteitages mit rund 180 Teilnehmern,
- 25. + 27.01.:** „Outing“ der Betreiber von NPD-Infoständen in Völklingen auf der Internetplattform „linksunten.indymedia“,
- 01.02.:** Beteiligung mit einem Transparent „Der NPD in die braune Suppe spucken!
Gegen jeden Antisemitismus, Geschichtsrevisionismus, Rassismus und Deutschtümelei!“ an Protestaktionen gegen eine NPD-Kundgebungstour in Trier,
- 01.03.:** Spontane „Outing-Aktion“ in Saarbrücken-Fechingen vor dem Hotel „Budapest“ als „jahrzehntelanger Nazitreffpunkt“,
- 05.03.:** Farbankschläge eines „Autonomen Farbkommandos“ in Saarbrücken auf das Wohngebäude des Vorsitzenden der NPD-Saar im Stadtteil Schafbrücke und auf das Verbindungshaus der Burschenschaft Germania in der Bismarckstraße 112,
- 06.03.:** Verbreitung eines Flyers „Hotel Budapest – Rückzugsort der NPD“ durch Postwurf und an Passanten in Fechingen,
- 13.03.:** Teilnahme von Szeneangehörigen als „antifaschistische Prozessbeobachter“ an einer Gerichtsverhandlung gegen einen Bexbacher „Neonazi“ vor dem Schöffengericht in Neunkirchen,
- 17.04.:** Spontandemonstration in Saarbrücken unter dem Motto „Kein Raum für Nazis – Den rechten Lifestyle aus der Deckung holen! Nazis unter die Hufe nehmen“ gegen eine Wahlkampfveranstaltung der NPD-Saar,

- 01.05.:** Beteiligung von etwa 20 Angehörigen der autonomen Szene Saar an Protest- und Blockadeaktionen gegen einen „Naziaufmarsch“ in Kaiserslautern,
- 10.05.:** Beteiligung von etwa 50 Angehörigen der autonomen „Antifa-Szene“ an Protestaktionen gegen einen „Naziaufmarsch“ in Völklingen,
- 18.05.:** „Enttarnung“ einer Protestaktion einer „Burbacher Initiative gegen Straßenprostitution“ am 13. Mai vor der Congresshalle während einer Stadtratssitzung via Internet als eine Wahlkampfveranstaltung der NPD-Saar,
- 29.07.:** Veröffentlichung einer weiteren Ausgabe ihres „Recherche Infos“ auf ihrer Homepage, in dem die „Ermittlungsergebnisse“ zu einer angeblich geplanten neuen „Nazikneipe“ auf dem Gastronomieschiff „Piraterie“ in Saarbrücken zusammengefasst waren sowie die Saarbrücker Kneipe „City Train“ als angeblicher Treffpunkt der rechten Szene und deren Betreiberin als „NPD-Sympathisantin“ geoutet wurden,
- 05.11.:** Outing eines Ehepaares aus Saarbrücken-Ensheim mit Lichtbild und Angabe ihrer Wohnanschrift im Internet als „aktive Nazis“ innerhalb der NPD-Saar,
- 06.11.:** Bericht auf ihrer Homepage über die Teilnahme von acht saarländischen „Neonazis“ an der von schweren Ausschreitungen begleiteten Demonstration von etwa 4.800 Hooligans und Rechtsextremisten gegen Salafismus am 26. Oktober in Köln,
- 23.11.:** Internetveröffentlichung unter „linksunten.indymedia“ zur geplanten Eröffnung von zwei rechten Szenelokalen in Saarbrücken-Güdingen und Saarbrücken-Burbach durch die Vorsitzende des NPD-Ortsverbandes SB-Burbach am 29. November bzw. 6. Dezember 2014 und
- 04.12.:** Outing eines angeblichen „Neonazis“ aus Limbach mit Lichtbild und Angabe seiner Wohnanschrift im Internet.

Auch der Kampf gegen vermeintliche staatliche Kontrolle und „Repression“ bildete für die saarländischen Szeneangehörigen im vergangenen Jahr wieder einen Schwerpunkt bei ihren „politischen Aktivitäten“. Die damit verbundene

Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols ist das zentrale verbindende Element innerhalb der in Kleingruppen zersplitterten linksextremistischen autonomen Szene. Unter „Repression“ verstehen Autonome die staatliche Überwachung und Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit linksextremistischen Aktivitäten. Maßnahmen des Staates als Garant öffentlicher Sicherheit und Ordnung bei demonstrativen Anlässen werden von den Szeneangehörigen generell als „ungerechte staatliche Unterdrückung“, „Repression“ und „Polizei- oder Amtswillkür“ interpretiert. Entsprechende Solidaritätskampagnen zu Gunsten von Personen oder Organisationen, die einer vermeintlich „repressiven Maßnahme“ ausgesetzt sind, erfahren in der Regel eine breite Unterstützung. So prangerte die „Antifa Saar/Projekt AK“ in einer auf den 23. April datierten Internetveröffentlichung mit dem Titel „STILL NOT LOVING POLICE!“ mehrere Strafverfahren gegen „antifaschistische GegendemonstrantInnen“ als gezielte „staatliche Repression“ an. Diese waren im Nachgang zu den tätlichen Auseinandersetzungen bei einer „Nazi-Kundgebung“ anlässlich des 100. Geburtstages des Kriegsverbrechers Erich PRIEBKE am 29. Juli 2013 in Saarbrücken eingeleitet worden. In dem Artikel wies die „Antifa Saar/Projekt AK“ gleichzeitig auf polizeiliche Übergriffe auf „Antifas“ hin.¹

Als Reaktion auf eine Hausdurchsuchung am 5. Mai bei einem „Antifaschisten“ in Saarbrücken im Zusammenhang mit einer „Nazi-Outing-Aktion“ Mitte August 2013 veröffentlichte die „Antifa Saar/Projekt AK“ auf ihrer Internetseite eine Pressemitteilung mit der Schlagzeile „Nach Naziübergriff: LKA kriminalisiert Antifaschisten“. Darin wurde die Maßnahme als nach bürgerlichen Maßstäben äußerst fragwürdig und als ein weiterer „Kriminalisierungsversuch der politischen Polizei“ gegenüber saarländischen „AntifaschistInnen“ dargestellt. Am 7. November verfolgten etwa 15 Angehörige der autonomen Szene Saar als Beobachter eine Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht Saarbrücken gegen drei Gesinnungsgenossen wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz. Diese hatten in der Silvesternacht im Nauwieser Viertel randaliert und eintreffende Polizeibeamte durch Werfen von Feuerwerkskörpern gegen das Dienstfahrzeug gezielt angegriffen. Zwei Szeneaktivisten wurden wegen Einsatzes gefährlicher Explosivstoffe zu Geldstrafen in Höhe von zehn bzw. 20 Tagessätzen zu je 15 Euro verurteilt.

¹ Der Artikel war mit einem „aufgetauchten Journalistenvideo“ über die damaligen Ereignisse verlinkt. In der Folge wurde ein Polizeibeamter am 13. November vom Amtsgericht Saarbrücken wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt und Verfolgung Unschuldiger zu einer Haftstrafe von 18 Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von 2000 Euro an einen Geschädigten, der als Nebenkläger aufgetreten war, verurteilt. Auf Grund des vorgenannten Videos sah es das Gericht als erwiesen an, dass der Beamte einen „Antifaschisten“ ungerechtfertigt angegriffen und durch den Einsatz eines Schlagstockes verletzt hatte.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Flüchtlingsströme aus dem Nahen Osten und aus Afrika beteiligten sich Angehörige der autonomen Szene im Rahmen ihres Kampfes gegen den „institutionellen Rassismus“ auch friedlich an Veranstaltungen und demonstrativen Aktivitäten gegen die staatliche Asyl- und Abschiebepolitik. Die linksextremistische Szene wirft dem Staat vor, durch Abwehrmaßnahmen an den europäischen Grenzen und durch Abschiebungen eine rassistische Politik zu betreiben sowie letztlich für den Tod von Bootsflüchtlings und anderen in „Folterstaaten“ abgeschobenen Flüchtlingen verantwortlich zu sein. Sie unterstützt Forderungen wie beispielsweise „Abschiebegefängnisse abschaffen“, „Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und Folterstaaten!“ oder „Keine Ausreisezentren und andere Sammellager!“. Darüber hinaus zielen ihre antirassistischen Aktivitäten gegen den „Alltagsrassismus“, der sich in zahlreichen fremdenfeindlichen Vorfällen offenbare.

Einer Internetveröffentlichung der „Antifa Saar/Projekt AK“ zufolge führten Szeneangehörige am 19. September in Saarbrücken und Saarlouis zwei „antirassistische Aktionen“ zur Erinnerung an den Todestag eines ghanaischen Flüchtlings durch, der 1991 bei einem vermutlich fremdenfeindlichen, aber bis heute nicht aufgeklärten Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Saarlouis-Fraulautern ums Leben gekommen war. Mitte November rief die „Antifa Saar/Projekt AK“ auf ihrer Homepage mit dem Slogan „Gemeinsam gegen Rassismus und Islamismus! Dem rassistischen SaGeSa-Mob entgegenzutreten!“ für eine Beteiligung an einer Kundgebung auf, um gegen eine am 22. November in Völklingen angemeldete Demonstration der Gruppierung „Saarländer gegen Salafisten“ (SaGeSa) zu protestieren. Unter die rund 300 Teilnehmer der von einer demokratischen Partei initiierten Gegenveranstaltung unter dem Motto „Gegen Rassismus und religiösen Fanatismus“ mischten sich auch etwa 40 Angehörige der hiesigen linksextremistischen autonomen „Antifa-Szene“ und einzelne „antifaschistische GesinnungsgenossInnen“ aus Rheinland-Pfalz sowie Mitglieder/Anhänger der DKP und der MLPD. Die teilweise verummten autonomen Aktivisten verteilten ein Flugblatt mit dem Aufmacher „Gegen Rassismus und Islamismus! Kein Kompromiss mit der Barbarei!“ und zeigten großflächige Transparente der „Antifa Saar/Projekt AK“ mit den Aufschriften „pas de quartiers pour les fascistes, pas de fascistes dans les quartiers!“ und „No Jihad! Stop Boko Haram, Al-Qaida, Hamas, Isis! – Islamismus bekämpfen!“.

Die autonome Szene beteiligte sich ferner an bundesweiten und regionalen friedenspolitischen bzw. „antimilitaristischen“ Protestveranstaltungen. Die Agitation richtete sich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und deutsche Waffenlieferungen in Krisengebiete. Darüber hinaus wurde auch eine angeblich zunehmende „Militarisierung der Gesellschaft“ thematisiert, die sich in einer vermehrten Präsenz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit zeige. Im Fokus von Linksextremisten standen insbesondere Militärmusikkonzerte sowie Bundeswehrveranstaltungen zur Nachwuchswerbung in Arbeitsagen-

turen und Schulen. Einer auf den 16. Oktober datierten Internetveröffentlichung zufolge beteiligte sich die „Antifa Saar/Projekt AK“ ab Anfang Oktober in Saarbrücken an Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen vor der Europagalérie bzw. vor dem saarländischen Landtag sowie an einer Besetzung des Hauptbahnhofes zur solidarischen Unterstützung der „KämpferInnen“ der PKK in Kobanê.

Gleichzeitig wurden bei diesen Anlässen die Aufhebung des PKK-Verbotes in Deutschland und die Aufnahme des Kampfes gegen den „globalen politischen Islam“ gefordert. Zur finanziellen Unterstützung der „kurdischen Selbstverteidigungskräfte“ bot die vorgenannte „Antifa“-Gruppe Mitte Oktober auf ihrer Homepage ein „Soli T-Shirt gegen Islamismus“ mit dem Aufdruck „No Jihad – Stop Boko Haram, Al Qaida, Hamas, Isis“ zum Kauf an. Unter den rund 1.000 Teilnehmern eines friedlich verlaufenen Aufzuges am 1. November in Saarbrücken unter dem Motto „Solidarität mit Kobanê – Gegen IS-Terror/Er mordung von Yeziden“, die von der „Kurdischen Gemeinde Saarland e.V.“ (KGS) anlässlich eines „Internationalen Aktionstages für Kobanê“ organisiert worden war, befanden sich auch etwa 20 Angehörige der autonomen Szene Saar. Zur Aufarbeitung der jüngsten Eskalationen im Gazakonflikt organisierte die „Antifa Saar/Projekt AK“ gemeinsam mit nichtextremistischen Organisationen am 16. November in Saarbrücken eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Israel: Der ewige Sündenbock“ mit etwa 120 Teilnehmern.

Obwohl das Thema „Schaffung und Erhalt autonomer Freiräume“ infolge ihrer „Antifa-Offensive“ im vergangenen Jahr etwas in den Hintergrund gedrängt wurde, besitzt es bei Angehörigen der autonomen Szene Saar nach wie vor einen hohen Stellenwert. In diesem Zusammenhang beteiligten sich Angehörige der autonomen Szene Saar am 8. Februar an einem „Solifestival“ für die Schaffung eines „alternativen Hausprojektes“ in Saarbrücken. Zum Auftakt dieses Musikfestivals mit mehreren „Punk-Rock-Bands“ aus der Region, das im Jugendzentrum St. Ingbert (kein Beobachtungsobjekt) stattfand, wurde ein von der autonomen „Antifa Saar/Projekt AK“ produzierter „Doku-Film“ über ihren Kampf in den Jahren 2004/2005 für den Erhalt der „Alten Feuerwache“ in Saarbrücken als Kontakt- und Anlaufstelle für die Szene gezeigt. Derartige „subkulturelle Musikangebote“ in „Autonomen Zentren“ und vergleichbaren selbst verwalteten Einrichtungen werden von Szeneangehörigen u.a. auch dazu genutzt, Einnahmen für ihre politische Arbeit zu generieren, Kontakte zu Außenstehenden aufzubauen bzw. Nachwuchs anzuwerben oder für eine Teilnahme an ihren linksextremistischen Aktivitäten zu mobilisieren. Von diversen Bands werden dabei auch Lieder verbreitet, die typische linksextremistische Gesellschafts- und Systemkritik beinhalten. Mitunter finden sich in den Texten auch Aufrufe zu Gewalttaten gegenüber Rechtsextremisten oder Polizisten, aber auch zu Straftaten im Verlauf von Demonstrationen. Zu dieser Kategorie deutscher Musikgruppen gehören beispielsweise die in der autonomen Szene Mecklenburg-Vorpommerns verankerte Punk-Band „Feine

Sahne Fischfilet“ und die in der linksextremistischen Szene beliebte Berliner Elektro-Formation „Egotronic“. Beide Bands traten am 12. Juli auf einem Musikfestival im „Skatepark Theley“ mit rund 700 Besuchern auf, das vom Verein „Volcano e.V. – Verein zur Förderung offener Jugendarbeit und selbstverwalteter Jugendkultur“ aus Tholey bereits seit mehreren Jahren organisiert wird. Während der Veranstaltung, mit der ein deutliches Zeichen gegen rechtes Gedankengut und Rassismus gesetzt werden sollte, waren nach einem Bericht in der Saarbrücker Zeitung auch eine bundesweite Initiative „Kein Bock auf Nazis“ mit einem Stand und die autonome „Antifa Saar/Projekt AK“ präsent.

2.2.2 Antiimperialistische Szene Saar

Neben den Autonomen sind dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum im Saarland noch einige wenige Aktivisten aus der ehemaligen saarländischen RAF-Unterstützerszene zuzurechnen. Sie sind zwar nach wie vor in der antiimperialistisch ausgerichteten Saarbrücker Gruppe „BASIS“ (Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisation – Internationalismus – Soziale Emanzipation) organisiert, treten aber nach außen hin ausschließlich unter der Firmierung „Libertad! Saar“ in Erscheinung. Angehörige dieses kleinen Aktivistenkreises halten den Aufbau fester Organisationsstrukturen innerhalb des antiimperialistischen/autonomen Spektrums für unverzichtbar, um eine weitere „Marginalisierung revolutionärer Kräfte“ zu verhindern bzw. die Sprach- und Bedeutungslosigkeit der „radikalen Linken“ überwinden zu können. Aufgrund dieser Zielsetzung engagieren sich die vorgenannten Szeneangehörigen innerhalb der bundesweiten und in Frankfurt am Main ansässigen Initiative „Libertad!“, die zunehmend in den aktuellen Auseinandersetzungen gegen Globalisierung, Krieg, „staatliche Repression und Überwachung“ sowie insbesondere gegen Kapitalismus Ausgangspunkte für den Aufbau eines internationalen Netzwerkes revolutionärer Kräfte sieht. Deshalb ist „Libertad!“ bestrebt, mit einer strategischen Bündnisorientierung strömungsübergreifend zu agieren. Dazu setzte die Initiative einschließlich ihrer Saarbrücker Ortsgruppe auch im Jahr 2014 ihre Mitarbeit im Aktionsbündnis „Interventionistische Linke“ (IL) fort, einem bundesweiten informellen Netzwerk von Gruppen und Einzelaktivisten überwiegend aus dem autonomen Lager und mehreren revolutionär-marxistischen Organisationen. Ein Großteil der „Libertad!“-Angehörigen sieht in der Weiterentwicklung dieses im Jahr 2005 gegründeten Bündnisses durch Schaffung fester Organisationsstrukturen eine Chance, die Stagnation zu überwinden und die „radikale Linke“ in Deutschland wieder „interventionsfähig“ zu machen. Sie treten zwar nicht offen gewalttätig oder gewaltbefürwortend auf, lehnen aber ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit grundsätzlich ab.

„Libertad! Saar“ unterstützte im vergangenen Jahr einen Protestmarsch von Flüchtlingen von Straßburg über Saarbrücken nach Brüssel (20. Mai bis 22. Juni), der sich gegen die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) richtete. Die Szeneangehörigen beteiligten sich an entsprechenden Solidaritätsaktionen, die von saarländischen Flüchtlingsinitiativen entlang des Marschweges vom 26. Mai bis 1. Juni im Saarland organisiert worden waren. Ferner nahmen hiesige „Libertad!“-Aktivisten friedlich an Solidaritätsveranstaltungen der des „Kurdischen Gesellschaftszentrums Saarbrücken e.V.“ (KGZ) für den kurdischen Widerstand gegen die IS-Terrororganisation in Saarbrücken teil.

Darüber hinaus zählten die Saarbrücker Szeneangehörigen zum breiten Unterstützerkreis eines bundesweiten „Blockupy-Bündnisses“, das die Planungen für die Durchführung von „antikapitalistischen Aktionstagen“ in Frankfurt am Main anlässlich der ursprünglich im November geplanten Feierlichkeiten zur Eröffnung des Neubaus der „Europäischen Zentralbank“ (EZB) in der deutschen Bankenmetropole maßgeblich steuerte. Dieses Bündnis setzte sich aus überwiegend nichtextremistischen Initiativen, Gewerkschaften und demokratischen Organisationen sowie aus gemäßigten Linksextremisten und autonomen Gruppierungen zusammen. Die Beteiligung von linken Gruppen an diesem breit aufgestellten Bündnis verdeutlicht, dass aus dem gesamten linksextremistischen Spektrum heraus versucht wird, die demokratischen Proteste gegen die globale Wirtschafts- und Finanzkrise für die eigenen Ziele zu instrumentalisieren bzw. eine „antikapitalistische Grundeinstellung“ in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Die Vorbereitungen auf Landesebene für eine Teilnahme an den Protesten gegen die EZB als das „Symbol der kapitalistischen Gesellschaft“ wurden von einer regionalen „AG Blockupy“ geführt, in der Angehörige der antiimperialistisch ausgerichteten Gruppe „Libertad! Saar“ sowie Vertreter mehrerer nichtextremistischer Organisationen mitarbeiteten. Anfang Mai mobilisierte die vorgenannte AG via Internet und mit einem im Raum Saarbrücken verbreiteten Flyer „Blockupy 2014 – Grenzenlos solidarisch – für eine Demokratie von unten! Wir zahlen nicht für eure Krise!“ für eine gemeinsame Bahnreise zu einer „Antikapitalismusedemo“ am 17. Mai in Stuttgart. Diese war im Rahmen europaweiter Protestaktionen unter dem Motto „Solidarity beyond Borders – Building Democracy from below“ gegen die europäische Sparpolitik der „Troika aus EU-Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF)“ organisiert worden. Darüber hinaus führte die regionale „AG Blockupy“ in monatlichem Rhythmus in Saarbrücken entsprechende Mobilisierungsveranstaltungen zu den in den März 2015 verschobenen „antikapitalistischen“ Protestveranstaltungen gegen die Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt/Main durch.

IV. Ausländerextremismus (ohne Islamismus/islamistischer Terrorismus)

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Der Ausländerextremismus ist keine Extremismusform eigener Art. Der Begriff umfasst vielmehr extremistische Bestrebungen von Migrantenorganisationen, bei denen Gründung und Wirken auf unterschiedlichste Konflikte in den Herkunftsregionen zurückzuführen sind. Bei dem Versuch, die dortigen Verhältnisse in ihrem Sinne zu verändern, wenden sie friedliche, zum Teil aber auch militante Mittel an. Die Aktivitäten der in der Bundesrepublik - oft auch im Zusammenwirken mit deutschen extremistischen Gruppierungen - agierenden Ableger zielen in der Hauptsache auf die Unterstützung ihrer Mutterorganisationen ab. Zu beobachten sind dabei vor dem Hintergrund der jeweiligen Entwicklungen in den Ursprungsregionen insbesondere propagandistische, logistische und finanzielle Unterstützungshandlungen. Vor allem aus Akzeptanzgründen bemühen sich die Gruppen grundsätzlich um ein friedliches Erscheinungsbild in Deutschland; vereinzelte, durch besonders emotionalisierende Ereignisse und Entwicklungen ausgelöste gewalttätige Aktionen sind aber immer wieder festzustellen. Ideologische Grundausrichtungen findet der hier relevante nicht-islamistische Ausländerextremismus im Linksextremismus, Nationalismus und Separatismus.²

1.2 Entwicklung /Tendenzen

Die beschriebene heterogene Zusammensetzung des Ausländerextremismus (AEX) findet sich in seiner ganzen Bandbreite auch im Saarland. Wie bereits in den vergangenen Jahren hatte die Beobachtung der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) Priorität.

² Im vorliegenden Bericht wird erstmals der früher im Teil „Ausländerextremismus“ mitbehandelte Phänomenbereich „Islamismus/islamistischer Terrorismus“ gesondert dargestellt. Diese Änderung wurde im Wesentlichen aus zwei Gründen vorgenommen:

- Während Islamismus früher als ein von außen kommendes Phänomen betrachtet wurde, muss festgestellt werden, dass die hier lebenden Islamisten häufig deutsche Staatsbürger sind und ihre Radikalisierung sich ohne direkte Einflüsse aus dem Ausland vollzieht.
- Religiöser Extremismus hat andere Ursachen als der säkulare und stellt daher eine eigenständige Kategorie dar.

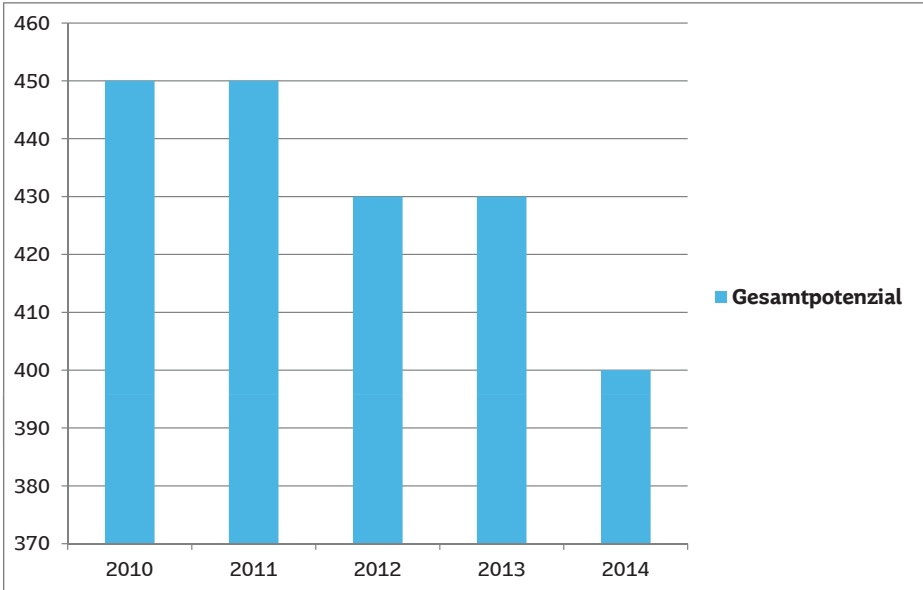
1.3 Personenpotenzial

Das Mitglieder-/Anhängerpotenzial der dem Beobachtungsbereich Ausländerextremismus zugeordneten Organisationen, Gruppierungen und Einzelaktivisten im Saarland war zum Jahresende 2014 auf Grund aktueller Erkenntnisse mit bis zu 400 geringer zu beziffern als im Vorjahr, als rund 430 Personen diesem Spektrum zuzurechnen waren.

Nach wie vor stellt sich dort die PKK mit etwa 300 Mitgliedern/Anhängern und einem Mobilisierungspotenzial von bis zu 1.000 Personen unverändert als die zahlenmäßig größte und auf Grund ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene Einzelgruppierung dar. Die Unterstützung der von der Organisationsführung initiierten Kampagnen und Aktionen durch die Anhängerschaft im Saarland belegte erneut deren Einbindung in die streng hierarchisch gegliederte Gesamtorganisation.

Entwicklung des ausländerextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre:

	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtpotenzial	450	450	430	430	400

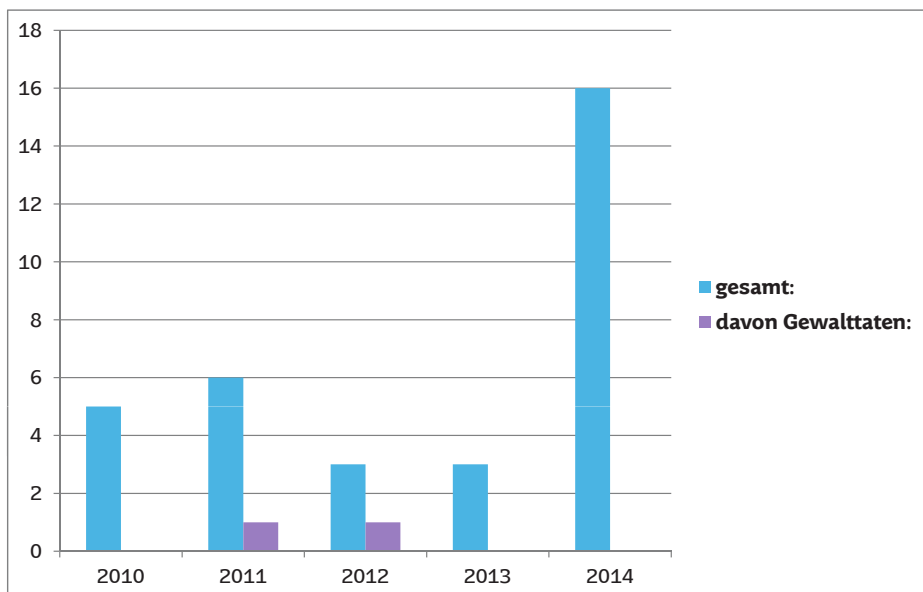


1.4

„Politisch motivierte Kriminalität“ (PMK)

Im Jahr 2014 waren insgesamt 16 Straftaten mit erwiesenem bzw. zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund zu verzeichnen (keine Gewalttaten). Die gegenüber den Vorjahren erhöhten Fallzahlen sind auf ein umfangreiches Strafverfahren gegen Funktionäre/Anhänger der tamilischen Separatistenorganisation „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) zurückzuführen. Auch LTTE-Funktionäre und -Aktivisten im Saarland waren von diesem Strafverfahren betroffen; so sind hier elf Verfahren gegen LTTE-Angehörige wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) zu verzeichnen. Fünf Straftaten waren dem Bereich PKK zuzuordnen. Entwicklung der ausländerextremistisch motivierten Straftaten innerhalb der letzten fünf Jahre³:

	2010	2011	2012	2013	2014
gesamt:	5	6	3	3	16
davon Gewalttaten:	0	1	1	0	0



³Bei der von der Polizei übernommenen Straftatenstatistik erfolgt keine Trennung zwischen „ausländerextremistischen“ und „islamistischen“ Straftaten. Wie auch im Vorjahr war 2014 keine Straftat mit islamistischem Hintergrund zu registrieren.

2. Einzelaspekte

2.1 „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

2.1.1 Allgemeine Lage, Entwicklung

Die PKK befindet sich seit Anfang 2013 in einem nach wie vor anhaltenden, allerdings ins Stocken geratenen Friedensprozess mit der Türkei. Seitdem sind die Kampfhandlungen zwischen den Guerillaeinheiten der PKK und der türkischen Armee insgesamt zwar signifikant zurückgegangen, flackern aber immer wieder auf. So führte das türkische Militär am 13. Oktober vergangenen Jahres Luftangriffe auf PKK-Stellungen im Südosten der Türkei durch. Dies wurde von den „Volksverteidigungskräften“ (HPG) der PKK als Bruch der Waffenruhe bezeichnet; die Angriffe seien durch die HPG beantwortet worden, hieß es in der Erklärung weiter. Andererseits hat die PKK gemeinsam mit ihrem syrischen Ableger „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) im vergangenen Jahr ihr Engagement gegen die sunnitische Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in den kurdischen Siedlungsgebieten in Syrien und Irak verstärkt. Ziele waren die Verteidigung der in drei „Kantonen“ Nord-Syriens im Januar 2014 von Kurden ausgerufenen „Demokratischen Autonomie“ sowie der Schutz der vom IS bedrohten Jesiden im Nordirak.

Das Aktionsverhalten der PKK, die in Westeuropa seit 1999 um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild bemüht ist, richtete sich im vergangenen Jahr neben Aktionen zur Freilassung der Führungs- und Symbolfigur Abdullah ÖCALAN aus türkischer Haft und zur Aufklärung der Morde an drei PKK-Aktivistinnen vom 9. Januar 2013 in Paris gegen den Vormarsch des IS in kurdische Siedlungsgebiete in der Heimatregion.

Nicht zuletzt die prekäre Situation um die syrische Stadt Kobanê ließ insbesondere die Zahl der Protestkundgebungen im September und Oktober deutlich ansteigen. Aufgrund der Emotionalisierung insbesondere PKK-naher kurdischer Jugendlicher kam es zu Spontandemonstrationen u. a. an deutschen Flughäfen, Bahnhöfen sowie zu Sitzstreiks gegen die „Untätigkeit Europas im Kampf gegen den IS“. Die Proteste verliefen bis auf vereinzelte gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Kurden bzw. PKK-Anhängern und Islamisten/Salafisten weitestgehend friedlich. Insbesondere wurde im Rahmen der Veranstaltungen in Deutschland verstärkt eine Aufhebung des PKK-Verbotes gefordert.

Zum Jahrestag der Ermordung der drei PKK-Aktivistinnen in Paris fand am 11. Januar in der französischen Hauptstadt eine zentrale Großkundgebung mit 13.000 Teilnehmern statt. Im Rahmen der friedlich verlaufenen Veranstaltung bekräftigten kurdische Vertreter ihre Forderung an den französischen Staat zur Aufklärung der Morde und betonten, dass „Europa Gastgeber dieses beschämenden und barbarischen Mordes gewesen“ sei. In zahlreichen deutschen Städten wurde das ganze Jahr über bei Kundgebungen und Mahnwa-

chen, u. a. vor französischen Auslandsvertretungen, eine lückenlose Aufklärung der Morde gefordert.

Anlässlich des 15. Jahrestages der Festnahme Abdullah ÖCALANs fand am 15. Februar in Straßburg eine Großkundgebung mit etwa 10.000 Personen statt. Allgemeiner Tenor der Ansprachen war die Forderung nach einer Freilassung des Kurdenführers sowie nach einer Lösung der Kurdenfrage.

PKK-Anhänger begingen am 22. März mit einer zentralen Großdemonstration (10.000 Teilnehmer) unter dem Motto „Freiheit in Kurdistan – Demokratie in der Türkei“ in Düsseldorf das traditionelle kurdische Neujahrsfest NEWROZ. Per eingespieltem Video forderte der inhaftierte Kurdenführer zum Festhalten am Friedensprozess und die türkische Regierung zur Aufnahme konkreter Verhandlungen auf.

Im Juni betonte ÖCALAN ferner, es sei wichtig, die Inhalte der Friedensgespräche mit der Öffentlichkeit zu teilen. Überdies müsse man aufhören, den Friedensprozess mit gegenseitigen Provokationen zu behindern; der Waffenstillstand müsse von beiden Seiten eingehalten werden.

Zur Jahresmitte hin verschärften sich die militärischen Auseinandersetzungen zwischen den „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) der PYD und dem IS in der türkisch-syrischen Grenzregion „Rojava“. Vor diesem Hintergrund fanden in zahlreichen deutschen Städten verstärkt Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der kurdischen Autonomiebestrebungen in Syrien bzw. Protestaktionen gegen den Vormarsch des IS statt. Insbesondere wurde an die internationale Politik appelliert, sich ihrer Verantwortung in dieser Angelegenheit bewusst zu werden. In einer Erklärung vom 8. Juli betonte die PKK-Führung, die IS-Angriffe blieben nicht auf „Rojava“ beschränkt, sondern stellten eine große Gefahr für alle Kurden dar. Funktionäre riefen die Kurden zum gemeinsamen Widerstand mit dem Volk von „Rojava“ auf und hoben hervor, es sei für sie eine nationale Pflicht, sich an diesem Widerstand zu beteiligen.

Der Vormarsch des IS im Nordirak, insbesondere die Eroberung der Stadt Sengal, die hauptsächlich von Angehörigen der religiösen Minderheit der Jesiden bewohnt wird, löste Anfang August zahlreiche Protestkundgebungen von PKK-Anhängern und Jesiden in Deutschland aus. In Veröffentlichungen PKK-naher Organisationen wurden die Angriffe als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet. Vor allem Deutschland stünde hier in der Verantwortung, da viele hier lebende Kurden deutsche Staatsbürger seien und den Schutz ihrer Verwandten und Bekannten in der Heimat auch als ihren Schutz verstünden. Ferner wurde die Politik der „regionalen Mächte“, vor allem die der türkischen Regierung, verurteilt, welche den IS unterstütze oder zumindest auf ihrem Staatsgebiet operieren lasse.

Vor dem Hintergrund der Offensiven des IS in den kurdischen Siedlungsgebieten in Nordsyrien und im Nordirak waren in Deutschland und in anderen europäischen Ländern verstärkt Bemühungen festzustellen, Personen für den bewaffneten Kampf der PKK zu gewinnen. Unter Hinweis auf die als Erfolg der PKK deklarierte Zurückdrängung des IS und die Befreiung der Jesiden aus dem nordirakischen Sindschar-Gebirge wurden junge Kurden in PKK-nahen Medien dazu aufgefordert, sich zur Verteidigung ihrer Heimat für mindestens sechs Monate den bewaffneten Einheiten der PKK in Syrien bzw. im Irak anzuschließen.

Unter dem Motto „Die Rojava- Revolution ist dem freien Kurden eine Ehre/ Freiheit für ÖCALAN – Status für Kurdistan“ fand am 13. September in Düsseldorf das „22. Internationale Kurdische Kulturfestival“ statt. An der störungsfrei verlaufenen Veranstaltung mit ca. 30.000 Teilnehmern aus ganz Europa wurde der „Widerstand der kämpfenden Gruppen der PKK“ gegen den IS thematisiert sowie die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbotes erneuert.

Aufgrund der anhaltenden Angriffe des IS auf die nordsyrische Stadt Kobanê kam es Ende September bundesweit zu einer mehrwöchigen Protestwelle mit zahlreichen sowohl angemeldeten als auch spontanen Kundgebungen. Getragen wurden die weitgehend friedlichen Demonstrationen, Mahnwachen, kurzzeitigen Besetzungen oder Blockaden des Schienen- und Straßenverkehrs überwiegend von PKK-Anhängern mit Beteiligung türkischer und deutscher Linksextremisten. Bei den Spontanaktionen wurden u. a. Flughäfen (Frankfurt/M., Hamburg, Köln-Bonn Stuttgart), Rundfunkanstalten (Hannover, Düsseldorf, Kiel) und Parteibüros (Frankfurt, Köln, Dortmund) besetzt. Im Rahmen des Protestgeschehens kam es in einzelnen Fällen auch zu Sachbeschädigungen an türkischen Einrichtungen und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, u. a. am 6. und 7. Oktober zwischen Kurden bzw. Jesiden und Salafisten bzw. Tschetschenen in Hamburg und Celle. Zudem stellte die PKK-Führung als Reaktion auf die zurückhaltende Position der Türkei bezüglich eines Militäreinsatzes gegen den IS in Syrien den Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und der PKK in Frage.

Den vorläufigen Höhepunkt erreichten die Massenproteste am 11. Oktober mit einer zentralen Großdemonstration unter dem Motto „Stoppt den IS – Freiheit für ÖCALAN“ in Düsseldorf, an der sich 21.000 Personen beteiligten, darunter türkische und deutsche Linksextremisten. Der türkischen Regierung wurde vorgeworfen, den IS zu finanzieren und für die Angriffe auf die Kurden in „Rojava“ verantwortlich zu sein. Darüber hinaus wurde die deutsche Regierung aufgefordert, „Rojava“ anzuerkennen.

Am 1. November, der zu einem „Internationalen Aktionstag für Kobanê - Global Rally for Kobanê“ erklärt worden war, beteiligten sich an bundesweiten,

weitgehend störungsfrei verlaufenen Demonstrationen ca. 39.000 Personen, darunter auch türkische und deutsche Linksextremisten.

Mitte November unterzeichneten u. a. 39 „kurdische Einrichtungen und Organisationen“, hierunter auch PKK-nahe Vereinigungen, einen an die Bundeskanzlerin gerichteten Brief mit der Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbotes und begründeten dies mit einer angeblichen grundlegenden Änderung der aktuellen politischen Situation in Deutschland gegenüber dem Jahr 1993, als die PKK durch den Bundesminister des Innern mit einem Betätigungsverbot belegt worden war. Zur Bekräftigung führten sie den nun fast zwei Jahre andauernden Friedensprozess zwischen der türkischen Regierung und Abdullah ÖCALAN an, in dem die PKK ihre friedlichen Absichten unter Beweis gestellt habe. Die Forderungen wurden insbesondere auch im Rahmen von Demonstrationen anlässlich des 21. Jahrestages des Verbots (22. November 1993) thematisiert. Die größte Demonstration fand mit 1.200 Personen am 29. November in Frankfurt/M. statt.

2.1.2 Struktur

Im Zusammenhang mit dem von Abdullah ÖCALAN im Frühjahr 2013 ausgerufenen Friedenskurs hatte die Organisationsführung beschlossen, ihre europäischen Gliederungen in legale, transparente und basisdemokratische Strukturen zu überführen. Hierzu hatten sich bereits im Juli 2013 der politische Arm der PKK in Europa, die „Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK) und die „Konföderation kurdischer Vereine in Deutschland“ (KON-KURD) unter der Bezeichnung „Kurdisch-Demokratischer Gesellschaftskongresses in Europa“ (KCD-E) mit dem Ziel zusammengeschlossen, alle kurdischen Vereine in Europa unter einem Dach zu vereinen und u. a. demokratische Gesellschaftszentren für Kurden zu eröffnen. Im Frühjahr 2014 wurde mit den Umstrukturierungen in den Gebieten begonnen. In zahlreichen deutschen Städten fanden in der Folge so genannte „Gründungsversammlungen kurdischer Gesellschaftszentren“ statt. Der Dachverband der örtlichen Kurdenvereine, die „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM), dem eigenen Angaben zufolge 46 örtliche Kurdenvereine angehören, nannte sich im Juni 2014 in „Demokratisches kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland e.V.“ (NAV-DEM) um. Das NAV-DEM will die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und insgesamt 260 Vereinen und Einrichtungen koordinieren. Die primäre Entscheidungsbefugnis soll bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene liegen.

Im Rahmen dieser bundesweiten „Gründungskongresse“ beschloss die als zentrale Anlaufstelle der PKK-Anhänger im Saarland fungierende „Kurdische Gemeinde Saarland e.V.“ (KGS) in einer Mitgliederversammlung im

Mai ihre Umbenennung in „Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken“ (KGZ-Saarbrücken). Zur Bewältigung der praktischen Arbeit richtete der Verein in der Folge Kommissionen ein, so u. a. für Außenbeziehungen und Öffentlichkeitsarbeit sowie Jugend, Kultur und Sprache. Die neue Vereinsbezeichnung KGZ-Saarbrücken wurde am 18. Dezember im Vereinsregister beim Amtsgericht Saarbrücken eingetragen.

Die „Kurdische Jugend Saarland“ ist über das Internet vernetzt. Nach derzeitigen Erkenntnissen nutzen rund 200 jugendliche PKK-Sympathisanten das soziale Netzwerk „Facebook.com“ als Kommunikationsplattform. Die hier in 2013 gegründete Studentengruppe der PKK-Massenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) kommuniziert ebenfalls über Facebook. Zum Kreis der Administratoren des geschlossenen Forums gehört die Leiterin der Jugendkommission im KGZ-Saarbrücken.

Die Einrichtung der Gesellschaftszentren kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der konspirativ agierende Kaderapparat, der die eigentliche Leitung inne hat - nach wie vor - weiter besteht. In diesen Strukturen ist die PKK in Deutschland weiterhin in vier Sektoren („SAHAs“) für die Bereiche Nord, Mitte und Süd 1 und 2 mit jeweils einem Führungsfunktionär an der Spitze eingeteilt. Diesen SAHAs sind 30 Gebiete untergeordnet, die sich wiederum in Teilgebiete gliedern. Die örtlich eingesetzten Funktionäre arbeiten meist im Verborgenen, um sich einem staatlichen Zugriff zu entziehen, und verfügen nur selten über persönliche Bindungen.

Das Gebiet „Saarland“ gehört mit seinen sieben bis in die Westpfalz und nach Trier reichenden Teilgebieten zum „SAHA Süd 1“.

2.1.3 Exekutivmaßnahmen

Am 16. Dezember wurde ein mutmaßlicher PKK-Funktionär aus dem Saarland aufgrund eines Haftbefehls des Oberlandesgerichtes (OLG) Koblenz durch Beamte des Landespolizeipräsidiums Saarland wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland festgenommen. Er wird verdächtigt, im PKK-Gebiet Saarbrücken von Mai 2013 bis Sommer 2014 als hauptamtlicher Kader für die Organisation tätig gewesen zu sein.

2.1.4 Veranstaltungen/Aktivitäten der saarländischen Anhängerschaft

Die hiesige PKK-Anhängerschaft hat auch im vergangenen Jahr kontinuierlich die Marschrichtung der Organisation mitgetragen und gezeigt, dass sie bei besonderen Ereignissen relativ kurzfristig handlungsfähig ist. Offensichtlich vor dem Hintergrund der Solidarität mit den Kämpfern kurdischer Milizen gegen

den IS in Syrien und im Nordirak erhöhte sich das Mobilisierungspotenzial im Saarland im Vergleich zu 2013 von ca. 700 auf rund 1.000 Personen. An den friedlich verlaufenen Veranstaltungen der KGS beteiligten sich neben Personen aus der linksextremistischen Szene auch jesidische Kurden.

Folgende Aktionen sind hervorzuheben:

- 11.01.:** Beteiligung von 300 PKK-Anhängern an einer zentralen Großdemonstration in Paris im Zusammenhang mit der Ermordung von drei PKK-Aktivistinnen,
- 15.02.:** Beteiligung von 500 PKK-Anhängern an der Großdemonstration zum 15. Jahrestag der Festnahme Abdullah ÖCALANS in Straßburg,
- 22.03.:** Beteiligung von etwa 700 PKK-Anhängern und -Sympathisanten an der zentralen Großveranstaltung in Düsseldorf zum kurdischen Neujahrsfest NEWROZ,
- 31.05.:** Kundgebung der KGS vor der Europagalerie in Saarbrücken zur Lage in Syrien,
- 14.07.:** Protestaktion der KGS in Saarbrücken mit 100 Teilnehmern gegen die Angriffe des IS auf die Bevölkerung in der nordsyrischen Stadt Kobanê,
- 06.08.:** Protestkundgebung der KGS in Saarbrücken mit etwa 1.000 Teilnehmern, darunter zahlreiche jesidische Kurden, im Zusammenhang mit der Eroberung der nordirakischen Stadt Sengal und den damit verbundenen Gräueltaten durch den IS,
- 13.09.:** Beteiligung von 700 Kurden aus dem Saarland am „Internationalen Kurdischen Kulturfestival“ in Düsseldorf,
- 29.11.:** Beteiligung hiesiger Aktivisten an einer bundesweiten Großdemonstration gegen das PKK-Verbot in Frankfurt/M.,
- 13.12.:** Benefizveranstaltung der KGS zugunsten der kurdischen Bevölkerung in Kobanê.

Zur speziellen Protestwelle i. Z. m. den Kämpfen um die nordsyrische Stadt Kobanê im Herbst gehörten:

- 20.09.:** Kundgebung der KGS mit 200 Teilnehmern vor der Europagalerie,
- 26.09.:** Petitionsübergabe durch KGS- Mitglieder beim Saarländischen Landtag,
- 27.09.:** Nicht angemeldete Demonstration der KGS mit 400 Teilnehmern durch die Saarbrücker Innenstadt; anschließend Sitzstreik von ca. 70 jugendlichen Kurden in der Bahnhofsvorhalle,
- 06.10.:** Spontandemonstration mehrerer Hundert Kurden vor der Europagalerie,
- 07.10.:** Spontankundgebung der KGS vor dem Saarländischen Landtag mit 200 Teilnehmern; Fortsetzung der Protestaktion vor der Europagalerie und Übergabe einer Informationsmappe beim Saarländischen Rundfunk,
- 09.10.:** Aufzug der KGS in Saarbrücken mit 300 Teilnehmern,
- 11.10.:** Beteiligung an der zentralen Großdemonstration in Düsseldorf,
- 13.-15.10.:** Kundgebungen der KGS in Saarbrücken,
- 20./22.10.:** Nicht angemeldete Kundgebung vor der Europagalerie,
- 01.11.:** Demonstration der KGS in Saarbrücken mit etwa 1.000 Teilnehmern zum „Internationalen Aktionstag für Kobanê“.

2.2 „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE)

Seit Anfang der 1980er Jahre verfolgt die tamilische Separatistengruppe LTTE das Ziel, im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten Sri Lankas einen unabhängigen sozialistischen Tamilen-Staat, den Tamil Eelam, zu errichten. Bis zu ihrer militärischen Zerschlagung im Mai 2009 führte sie einen Guerillakrieg gegen die sri-lankischen Sicherheitskräfte, der auch von zahlreichen Terroranschlägen gegen Zivilisten und zivile Einrichtungen begleitet wurde. Der rund 26 Jahre dauernde Bürgerkrieg forderte insgesamt mehr als 100.000 Todesopfer auf beiden Seiten.

Die Organisation ist in Deutschland zwar nicht verboten, wurde aber auf der so genannten „Terrorliste“ der Europäischen Union geführt. Mit Urteil des Gerichts der Europäischen Union in Luxemburg vom 16. Oktober 2014 wurde die Listung wegen festgestellter Fehler im seinerzeitigen Listungsverfahren des Rates der Europäischen Union allerdings für nichtig erklärt. Die Frage, ob es sich bei der LTTE um eine terroristische Vereinigung handelt, wurde vom Gericht hingegen ausdrücklich offen gelassen. Das Urteil wurde von der tamilischen Diaspora dennoch als Erfolg und als „Freispruch“ von dem Vorwurf, eine terroristische Organisation zu sein, gewertet.

Im Zuge der letzten militärischen Offensive der sri-lankischen Armee verlor die LTTE nahezu ihre komplette oberste „Kommandoebene“, darunter auch ihren Führer Velupillai PRABHAKARAN. Aufgrund der fehlenden Führung aus dem Heimatland kam es innerhalb der Organisationsstrukturen in der Diaspora zu einer Aufspaltung der Anhängerschaft. Dabei konnten sich zwei miteinander konkurrierende Gruppen etablieren: Die „Moderaten“, die die LTTE in eine gewaltfreie und demokratische Bewegung umwandeln wollen, und die „Hardliner“, die an der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes zur Errichtung eines tamilischen Staates festhalten. Nach einem anfänglichen Konkurrenzkampf kam es zu einer Annäherung beider Flügel, die schließlich im Herbst 2013 in einer offiziell verkündeten Wiedervereinigung mündete.

Aktuell ist die LTTE-Anhängerschaft in Deutschland in einer Vielzahl tamilischer Vereine organisiert, die schwerpunktmäßig für das Sammeln von Spendengeldern, die Durchführung von Propagandaaktionen und die Mobilisierung für regionale und überregionale Veranstaltungen zuständig sind.

Der Saarbrücker „Tamilische Kulturverein e.V.“ sowie die tamilischen Schulen („Thamilalayams“) in Saarbrücken, Sulzbach, Dillingen und Homburg bilden die legalen Strukturen der LTTE im Saarland. Hier sind ca. 35 Tamilen der LTTE direkt zuzurechnen; das Mobilisierungspotenzial liegt bei rund 300 Personen.

Innerhalb der tamilischen Diaspora im Saarland ist nach wie vor eine anhaltende politische Teilnahmslosigkeit festzustellen. Ursächlich dafür dürfte die Einsicht sein, dass die Errichtung eines souveränen tamilischen Staates in Sri

Lanka in naher Zukunft weder mit militärischen noch mit politischen Mitteln erreicht werden kann. Auch im vergangenen Jahr waren daher wieder nur wenige Aktionen im Saarland sowie nur eine geringe Beteiligung dortiger Organisationsanhänger an überregionalen Veranstaltungen zu beobachten.

Am 10. März beteiligten sich etwa 50 Tamilen aus dem Saarland an der Abschlussveranstaltung des „Walk for Justice“ in Genf. Der vorangegangene Marsch mehrerer LTTE-Anhänger von Brüssel nach Genf, mit dem auf die Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka aufmerksam gemacht werden sollte, hatte am 16. Februar auch durch das Saarland geführt.

Anlässlich des so genannten „Tamil Genocide Day“, an dem traditionell der tamilischen Opfer des Bürgerkriegs in Sri Lanka gedacht wird, beteiligten sich rund 25 LTTE-Anhänger aus dem Saarland an einer Großdemonstration am 18. Mai in Düsseldorf. Der Demonstrationzug vom dortigen Hauptbahnhof bis zum nordrhein-westfälischen Landtag stand unter dem Motto „Wir fordern einen Tamil Eelam“.

Die „Tamil Youth Organisation Germany“ (TYO Germany) organisierte am 29. Juni eine Kulturveranstaltung in Saarbrücken-St. Arnual, an der sich etwa 200 Tamilen aus dem südwestdeutschen Raum beteiligten. Das folkloristische Programm mit Musik, Tänzen und Theateraufführungen wurde von den Schülern der tamilischen Schulen im Saarland mitgestaltet.

Am 7. September machten Teilnehmer der „Fahrradtour von Genf nach Brüssel“ einen Zwischenstopp im Saarland. Im Rahmen dieser unter dem Motto „Auf die Straße für eine unabhängige internationale Untersuchung“ stehenden Protestaktion kam es vor der Saarbrücker Europagalerie zu einer Kundgebung, an der sich rund 25 saarländische LTTE-Anhänger beteiligten. In seiner Rede forderte der hiesige LTTE-Gebietsleiter u. a. die Durchführung einer unabhängigen internationalen Untersuchung des Völkermordes in Sri Lanka durch die Vereinten Nationen (UN) und die Anerkennung der LTTE.

Am 27. November, dem Geburtstag des bei einer Militäroperation der sri-lankischen Armee im Mai 2009 getöteten LTTE-Führers Velupillai PRABAKHARAN, begingen zuletzt ca. 2.000 Organisationsanhänger, darunter auch rund 50 Tamilen aus dem Saarland, in Dortmund den so genannten „Heldengedenktag“. Die Feierlichkeiten zur Erinnerung an die im Kampf für einen unabhängigen Tamilen-Staat „Tamil Eelam“ getöteten Kämpfer wurden von einem umfangreichen Kultur- und Musikprogramm begleitet.

V. Islamismus/islamistischer Terrorismus

1. Allgemeines

1.1 Ideologie

Der Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, die sich vor-dergründig einer religiösen Sprache und religiöser Argumentationsmuster bedient. Islamisten instrumentalisieren den Islam für ihre politischen Zwecke und sehen ihn als ein ganzheitliches, allumfassendes Regelwerk an. Für sie gilt: Der Islam ist die einzige Lösung für alle gesellschaftlichen und politischen Fragen.

Unter dem Überbegriff Islamismus werden verschiedene Strömungen subsumiert. Diese reichen von politisch legalistischen Vereinigungen über unterschiedliche missionarische Bewegungen bis hin zu militanten bzw. terroristischen Strukturen oder Netzwerken. Die Übergänge innerhalb dieses Spektrums sowie innerhalb bestimmter Strömungen sind fließend und müssen immer wieder neu bestimmt werden.

Alle Islamisten haben das Ziel, aus der Religion des Islam gesellschaftlich-politische Ordnungen abzuleiten. Diese müssen nach den Vorstellungen der Islamisten aus Werten und Normen bestehen, die sich aus den Quellen des Islam, dem Koran und der Sunna, ableiten lassen. Derartige Gesellschaftsordnungen, die auch das Staats- und Rechtswesen umfassen sollen, widersprechen ganz überwiegend der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

1.2 Entwicklung/Tendenzen

Arbeitsschwerpunkte des Landesamtes waren auch im vergangenen Jahr die Aufklärung islamistisch-terroristischer Aktivitäten sowie die Beobachtung salafistischer Bestrebungen.

Wie die Anschläge von Paris im Januar und Kopenhagen Anfang Februar 2015 deutlich gemacht haben, steht Europa - und damit auch die Bundesrepublik Deutschland - mit ihren staatlichen und zivilen Einrichtungen unverändert im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus und unterliegt damit einer fortgesetzten hohen abstrakten Gefährdung, die sich jederzeit durch terroristische Taten konkretisieren kann.

Auch wenn den deutschen Sicherheitsbehörden derzeit keine Hinweise auf konkrete Tatplanungen in Deutschland vorliegen, muss unter Berücksichtigung des zumindest quantitativ starken jihadistischen Personenpotenzials sowie der Schwierigkeit, emotionalisierte Spontan- und Einzeltäter frühzeitig zu erkennen, auch in Deutschland mit der Vorbereitung bzw. Verwirklichung terroristischer Anschläge gerechnet werden.

Insbesondere Rückkehrer aus jihadistischen Ausbildungslagern stellen neben fanatisierten Einzeltätern das größte Gefährdungspotenzial dar. Aktuell liegen Erkenntnisse zu ca. 680 (Stand: April 2015) Islamisten aus Deutschland vor, die in Richtung Syrien ausgereist sind, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen. Nicht in allen Fällen liegen Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten oder aufgehalten haben. Darüber hinaus ist bekannt, dass sich Islamisten aus Deutschland von Syrien aus in den Irak begeben haben, um sich dort an Kampfhandlungen zu beteiligen; die Anzahl kann nicht abschließend beziffert werden. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt die Gesamtzahl der ausgereisten Personen tagesaktuellen Veränderungen mit weiterhin steigender Tendenz. Diese Dynamik könnte lediglich durch den weiteren Kriegsverlauf auf syrischem bzw. irakischem Territorium beeinflusst werden.

Etwa ein Drittel dieser ausgereisten Personen befindet sich momentan wieder in Deutschland. Zu der Mehrzahl dieser Rückkehrer ist nicht bekannt, ob sie sich aktiv an Kampfhandlungen vor Ort beteiligt haben. Als Ergebnis der kontinuierlichen Aus- und Bewertung der Erkenntnislage zu zurückgekehrten Personen liegen den Sicherheitsbehörden aktuell zu etwa 50 Personen Erkenntnisse vor, wonach diese sich aktiv am bewaffneten Widerstand in Syrien oder dem Irak beteiligt haben. Ferner gibt es zu ca. 85 Personen Hinweise, dass diese in Syrien oder dem Irak verstorben sind. Zudem wurden weitere Ausreisepplanungen bekannt.

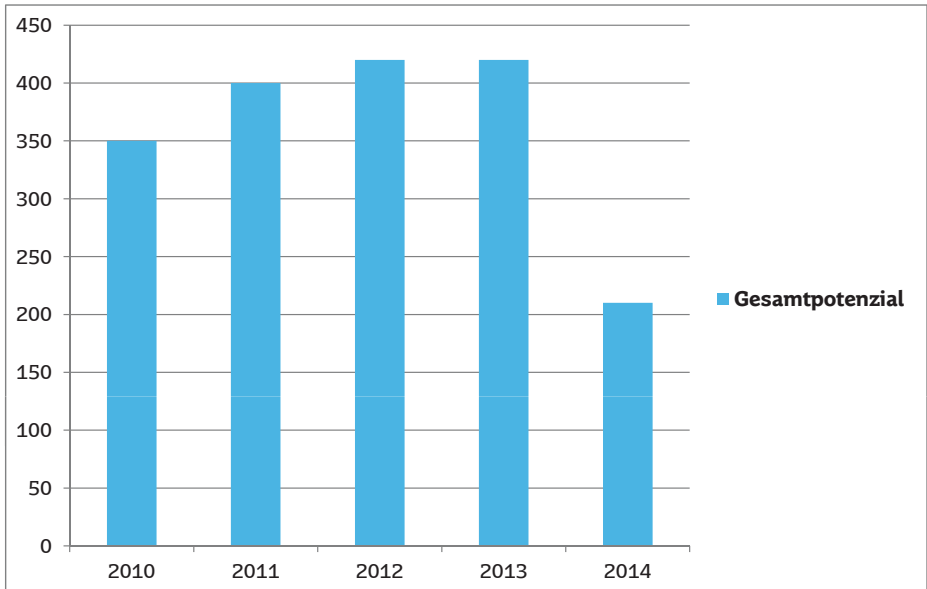
Die deutschen Sicherheitsbehörden sind bestrebt, möglichst viele dieser Ausreisepplanungen frühzeitig wahrzunehmen, um deren Verwirklichung zu unterbinden; die Anzahl der behördlich tatsächlich verhinderten Ausreisen bewegt sich im mittleren zweistelligen Bereich.

1.3 Personenpotenzial

Das Mitglieder-/Anhängerpoteenzial der dem Beobachtungsbereich Islamismus/ islamistischer Terrorismus zugeordneten Organisationen, Gruppierungen und Einzelaktivisten im Saarland belief sich im abgelaufenen Jahr auf etwa 210 Personen (Vorjahr: ca. 420). Dabei waren dem Phänomenbereich des Salafismus rund 100 Personen (Vorjahr: ca. 90) zuzurechnen. Die signifikante Reduzierung des Gesamtpoteenzials resultiert aus dem Umstand, dass die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG) mit mehr als 200 Anhängern seit Oktober 2014 nicht mehr unter Beobachtung steht.

Entwicklung des islamistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre:

	2010	2011	2012	2013	2014
Gesamtpotenzial	350	400	420	420	210



2. Einzelaspekte

2.1 Islamistischer Terrorismus

Die Ausrufung eines „Kalifats“ durch den „Islamischen Staat“ (IS) Ende Juni 2014 stellte auch für die jihadistische Szene in Deutschland ein herausragendes Ereignis dar. Neben entsprechenden Sympathiebekundungen für die Terrorgruppe war in der Folgezeit ein deutlicher Anstieg der Ausreisezahlen nach Syrien/Irak zu verzeichnen. Im Saarland konnten bislang keine islamistisch motivierten Reisebewegungen festgestellt werden. Ein Bezug zum IS ergab sich im vergangenen Jahr lediglich insoweit, dass ein amtsbekannter Aktivist Anfang Juli eine IS-Fahne⁴ am Balkon seiner Saarbrücker Wohnung hisste, die auf Betreiben der Polizei wieder abgehängt wurde.

⁴ Am 12. September 2014 hat der Bundesminister des Innern ein Betätigungsverbot der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) für die Bundesrepublik erlassen. Das Verbot umfasst u. a. auch die öffentliche Verwendung und Verbreitung von Kennzeichen des IS.

2.2 Islamismus im Saarland

Mehrere Ausformungen des breiten Spektrums der dem Beobachtungsbe- reich Islamismus zuzurechnenden Bestrebungen sind auch im Saarland ver- treten oder organisatorisch bzw. ideologisch mit hiesigen Gruppierungen oder Einzelpersonen verbunden. Nicht auf den ersten Blick erkennbar, bestehen solche Verbindungen z. B. zur „Hizb Allah“ (HA), zur „Muslimbruderschaft“ (MB) und auch zur „Tabligh-i-Jama’at“-Bewegung (TJ).

Die aktuell sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene dyna- mischste islamistische Bewegung, die insbesondere auf jüngere Menschen eine enorme Anziehungskraft entfaltet, ist der Salafismus.

Der Begriff „Salafismus“ bezeichnet eine islamistische Ideologie und die aus ihr hervorgegangene Bewegung, nach der sich die Muslime in Glaube, religi- öser Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran sowie dem vom Propheten Muhammad und den ersten Muslimen gesetzten Vorbild auszurichten haben. Ziel von Salafisten ist die vollständige Umgestal- tung von Staat, Gesellschaft und individueller Lebensführung jedes einzelnen Menschen nach „gottgewollten“ Grundsätzen. Das Demokratieprinzip wird kategorisch abgelehnt, „weltliche“ Gesetzgebung strikt negiert.

Damit stehen Kernelemente der salafistischen Ideologie im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Während die Mehrzahl der Salafisten ihre Ziele durch eine langfristige Veränderung der Gesellschaft und Missionierung erreichen will, setzen einige wenige auf Gewalt und terroristi- sche Akte.

Salafistische Gruppierungen verzeichnen in Deutschland weiterhin signifikant steigende Anhängerzahlen. Im Saarland werden der salafistischen Strömung ca. 100 Personen zugerechnet; eine exakte Quantifizierung ist aufgrund struktureller Besonderheiten dieses Phänomenbereichs jedoch nur schwer möglich. Im Gegensatz zu früheren Jahren, als insbesondere der salafistische Verein „Einladung zum Paradies“ (EZP) im Saarland offene Missionierungs- arbeit leistete, waren hier im Berichtszeitraum keine öffentlichkeitswirksa- men Veranstaltungen von Salafisten festzustellen. Gleichwohl war auch im vergangenen Jahr eine deutliche Belebung der personellen und organisato- rischen Strukturen bei salafistischen Erscheinungsformen im Saarland zu konstatieren. Der hiesigen Klientel dienten weiterhin insbesondere ein Verein in Sulzbach sowie ein Verein in Merzig als Anlaufstellen; weitere Ansätze waren darüber hinaus auch für die Landeshauptstadt festzustellen. Die Szene war nach wie vor nahezu in Gänze dem politischen Salafismus zuzurechnen. Gewalt bzw. Jihad befürwortende Tendenzen konnten lediglich bei Einzelpersonen nicht ausgeschlossen werden.

Im besonderen Fokus der Öffentlichkeit stand der Salafismus erneut aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Syrien und einer stetig steigenden Zahl von Reisebewegungen von Salafisten aus Deutschland und Europa in die dortige Krisenregion. Innerhalb der salafistischen Szene im Saarland war der Syrien-Konflikt unverändert Gesprächsthema. Mit den in dortigen Kreisen durchgeführten Spendensammlungen für Syrien (Sach- und Geldspenden) wurden vornehmlich karitative Zwecke verfolgt; eine Unterstützung islamistischer Gruppierungen in Syrien kann allerdings im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden.

VI. Spionage-/ Sabotageabwehr, Wirtschaftsschutz

Die Bundesrepublik ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie mit Weltmarktführung sowie wegen ihrer politischen Rolle in der EU und NATO ein Zielgebiet für fremde Nachrichtendienste. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert Nachrichtendiensten fremder Staaten die Informationsbeschaffung. Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind derzeit die russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind vornehmlich Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas nachrichtendienstlich in Deutschland aktiv.

Die Nachrichtendienste dieser Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen und halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort sogenannte Legalresidenturen. Darunter versteht man Stützpunkte eines fremden Nachrichtendienstes, abgetarnt in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung im Gastland.

Die dort angeblich als Diplomaten oder Journalisten tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter betreiben entweder selbst offene oder verdeckte Informationsbeschaffung oder leisten Unterstützung bei nachrichtendienstlichen Operationen, die direkt von den Zentralen der Nachrichtendienste in den Heimatländern geführt werden. Daneben führen Nachrichtendienste auch Operationen ohne Beteiligung ihrer Legalresidenturen durch.

Fremde Nachrichtendienste handeln nicht allein nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen, sondern werden zudem politisch gesteuert. Die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsaktivitäten orientieren sich an aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Aufklärungsziel ausländischer Nachrichtendienste ist vor allem die Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär sowie Wissenschaft und Technik. Nachrichtendienste einiger Staaten (wie Iran, Syrien, China) legen ihren Aufklärungsschwerpunkt auch auf die Ausspähung von Oppositionellen. Um ihr Aufklärungsziel zu erreichen, versuchen diese Nachrichtendienste, ausgewählte Personen aus der Oppositionsbewegung mit dem Ziel einer Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit anzusprechen. Bei Ablehnung wird den betroffenen Personen oder ihren in der Heimat lebenden Angehörigen oftmals mit Repressalien gedroht.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und neuer weltpolitischer Konstellationen hat die Bedeutung der Wirtschaftsspionage in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Zentrum der Ausforschung durch fremde Nachrichtendienste stehen wegen ihres enormen ökonomischen Potenzials auch Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Staaten mit Techno-

logierückstand sind besonders an der Beschaffung von Informationen über Fertigungstechniken und technischem Know-how interessiert, um auf dem Markt mit kostengünstiger gefertigten Nachbauten (auch Plagiate) wettbewerbsfähig zu sein und zum anderen Kosten für eigene Entwicklungen und Lizenzgebühren zu sparen. Technisch und wirtschaftlich hoch entwickelte Staaten interessieren sich mehr für wirtschaftspolitische Strategien, sozial-ökonomische und politische Trends, Markt- und Unternehmensstrategien, komplexe Fertigungstechniken bis hin zu Informationen über Preisgestaltungsmodalitäten und Zusammenschlüssen von Unternehmen. Daher kommt der Sensibilisierung, Information und Aufklärung von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage eine hohe Bedeutung zu.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder (sogenannte Risikostaat wie Iran, Nordkorea und Syrien) darum, in den Besitz von Technologien für atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen und den dafür erforderlichen Trägersystemen zu gelangen sowie die hierzu erforderlichen Güter und das entsprechende Know-how zu erwerben (Proliferation). Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägertechnologie sind als Gesamtprodukte auf dem freien Markt nicht erhältlich. Deshalb versuchen die Proliferation betreibenden Staaten systematisch, Kontrollmaßnahmen durch Lieferung von Teilprodukten über Drittländer und durch die Beschaffung von „Dual-use“-Produkten, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, zu umgehen. Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie ein Zielgebiet für entsprechende Beschaffungsbemühungen dieser Risikostaat. Deshalb sind in Deutschland seit Jahren intensive und stetig ansteigende Beschaffungsbemühungen zu verzeichnen. Iran spielt dabei wegen seines umstrittenen Nuklearprogramms eine herausragende Rolle.

Eine besondere Gefahr mit Zielrichtung „Wirtschaftsspionage/Proliferation“ stellen „Elektronische Angriffe“ auf Computersysteme von Wirtschaftsunternehmen dar. Angesichts der ausgewählten Ziele und der angewandten Methoden erscheint eine staatlich gelenkte nachrichtendienstliche Steuerung in vielen Fällen als sehr wahrscheinlich.

„Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung für fremde Nachrichtendienste entwickelt und ergänzen als zusätzliche Informationsquelle die bislang eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel. Neben der Informationsgewinnung sind auf diesem Weg verbreitete „Schadprogramme“ auch in der Lage, Sabotagefunktionen auszuführen, die gerade beim Einsatz gegen sensible Infrastrukturen erhebliche Auswirkungen haben könnten.

Auch auf Behörden zielende „Elektronische Angriffe“ mit nachrichtendienstlichem Hintergrund waren im vergangenen Jahr festzustellen. Fallzahlen belegen die weiterhin hohe Gefährdung für die Informationssicherheit von Bundesbehörden und sonstiger staatlicher Stellen durch solche Angriffe.

Nach den bisher vorliegenden Analysen ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl dieser Attacken einen staatlich gelenkten nachrichtendienstlichen Hintergrund besitzt. Die zur Durchführung der Angriffe erforderlichen Infrastrukturen und die sehr hohe Qualität und Zielrichtung deuten auf Parallelen zu früheren Angriffen aus China und Russland hin. Auch ist nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer nicht erkannter „Elektronischer Angriffe“ auf deutsche Wirtschaftsunternehmen auszugehen.

Nicht zuletzt hat die sogenannte „NSA Affäre“ klargemacht, dass elektronische Spionageaktivitäten auch von sog. „befreundeten Nationen“ ausgehen. Die Aktivitäten befreundeter Staaten müssen künftig bei der Spionageabwehr stärker als bisher berücksichtigt werden. Dazu wurden im Verfassungsschutzverbund bereits neue Bearbeitungsansätze konzipiert, die künftig mit einem „360 Grad Blickwinkel“ Spionagetätigkeiten aller Staaten erfassen.

Wichtiger als die Verfolgung einzelner Spionageaktivitäten, die häufig gar nicht erkannt werden, ist die Prävention durch die Sensibilisierung von saarländischen Unternehmen. Gerade kleine und mittelständige Unternehmen verfügen häufig im Hinblick auf Firmensicherheit weder über die notwendigen personellen noch finanziellen Ressourcen. Sie unterschätzen nach den Erfahrungen der Verfassungsschutzbehörden oft die möglichen Risiken für ihr Unternehmen. Diese Fehleinschätzung kann unter Umständen existenzielle Folgen haben. Die Spionageabwehr unterstützt daher saarländische Firmen und Forschungseinrichtungen, bei denen aufgrund von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen bekannt ist, dass sie möglicherweise im Zielspektrum fremder Nachrichtendienste stehen könnten.

Durch Sensibilisierung und Beratung werden dabei Vorgehensweisen und potenzielle Gefahren durch Wirtschaftsspionage angesprochen und Schutzmaßnahmen/Verhaltensregeln bei Geschäftsreisen in Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken anhand von Beispielen verdeutlicht. Saarländische Firmen, die geschäftliche Kontakte nach China, in die GUS-Staaten und in den Iran unterhalten, werden über Spionagerisiken und die bekanntgewordenen Methoden fremder Nachrichtendienste aufgeklärt.

Im Rahmen dieser Sensibilisierungen werden stets auch die im Verfassungsschutzverbund einheitlich erstellten Broschüren „Wirtschaftsspionage - Risiko für Ihr Unternehmen“ und „Proliferation“ sowie Merkblätter mit Sicherheits- und Verhaltensweisen, z.B. bei Geschäftsreisen, übergeben. In Vorträgen von Experten aus dem saarländischen LfV und dem BfV wurden

beispielhaft Unternehmensverbände, aber auch interessierte Bürger über Spionagerisiken und Vorgehensweisen ausländischer Nachrichtendienste informiert.

Neben der Sensibilisierung im Rahmen des Wirtschaftsschutzes stellt die Verhinderung der Proliferation einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Spionageabwehr dar. Saarländische Firmen, die proliferationsrelevante Produkte herstellen, wurden in Sensibilisierungsgesprächen über Beschaffungsmodalitäten iranischer, syrischer und nordkoreanischer Nachrichtendienste informiert.

VII. Organisierte Kriminalität

Das Landesamt für Verfassungsschutz gewinnt und bewertet sach- und personenbezogene Informationen über kriminelle Strukturen.

Ziel ist es, ohne den Druck des Legalitätsprinzips Strukturen Organisierter Kriminalität sowie die Täter und Hintermänner zu erkennen. Die Ergebnisse werden an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben. Hierdurch leistet das Landesamt auch einen Beitrag zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität.

Anhang

In dem vorstehenden Bericht sind folgende extremistische Organisationen bzw. Gruppierungen genannt, die im Berichtszeitraum im Saarland strukturell vertreten und aktiv waren:

zu II. Rechtsextremismus

1. Organisationen

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)



Quelle: <https://de-de.facebook.com/npd.de>

NPD Landesverband Saar einschließlich seiner lokalen Teilvertretungen



Quelle: <https://de-de.facebook.com/npdsaar>

„Hammerskin“ (HS) Chapter Westwall



Quelle: <http://bremer-schattenbericht.com/wp-content/uploads/2013/05/HN-logo.jpg>

2. Rechtsextremistische Bands

Jungsturm

Hunting Season

Wolfsfront

3. Kameradschaften

Sturmdivision Saar



Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/mages/6550501854.jpg>

zu III. Linksextremismus

1. Linksextremistische Parteien

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)



Quelle: <http://www.dkp.de/>

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)



Quelle: <http://www.mlpd.de/>

2. Gewaltorientierte autonome Szene Saar

Antifa Saar/Projekt AK



Quelle: <http://antifa-saar.org/>

3. Gewaltorientierte antiimperialistische Szene Saar

„BASIS“

Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisation – Internationalismus – Soziale Emanzipation



Quelle: <http://www.sandimgetriebe.de/basis/stern.gif>

Libertad! Saar



Quelle: <http://www.libertad.de/>

zu IV. Ausländerextremismus

1. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (ohne Islamismus)

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)



Quelle: <https://de.wikipedia.org>

„Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK)



Quelle: <http://www.yxkonline.com/>

„Befreiungstiger von Tamil Eelam“ (LTTE)



Quelle: <http://www.ntamil.com/>

zu V. Islamismus / islamistischer Terrorismus

Islamischer Staat (IS)



„Hizb Allah“ (HA)



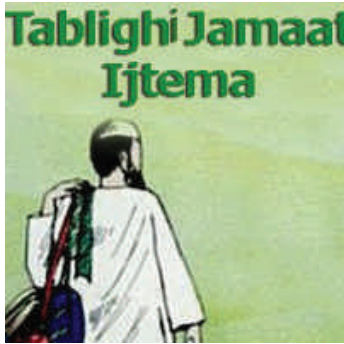
Quelle: <http://rehmat1.com/2008/08/13/hizballah-the-party-of-allah/>

„Muslimbruderschaft“ (MB)



Quelle: <http://europenews.dk/>

„Tabligh-i-Jama`at-Bewegung” (TJ)



Quelle: <http://tablighijamaatijtema.blogspot.de/>

**Ministerium für
Inneres und Sport**

Franz-Josef-Röder-Str. 21
66119 Saarbrücken

E-Mail:

lagebild-verfassungsschutz@
innen.saarland.de

www.innen.saarland.de

 /innen.saarland

